

# **b** *unabhängige auernstimme*



Ackerbau ist Lebensmittelerzeugung und gleichzeitig agrarpolitisch: Vom Saatgut über Fruchtfolge, Bearbeitung und Pflanzenschutz bis zur Vermarktung.



Das Tierschutzgesetz ist, auch im Punkt Anbindehaltung, etwas verändert eine Runde weiter. Unterliegt die Weidehaltung der Deutungshoheit des Handels?



Wer Regeln zur Agrarstruktur blockiert, der lässt am Bodenmarkt bewusst Tür und Tor offen für Spekulation, Preissteigerung und unkontrollierte Anteilskäufe.

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

## **Agrarpolitisch ackern**





Die Seite 3

Kein Schutz des Bodenmarktes in Sicht . . . . . 3



Agrarpolitik

BVVG verpachtet gemeinwohlorientiert . . . . . 4

Bürokratieabbau, aber richtig. . . . . 5



Märkte

Mehr „Weiter so“ mit Wachsen, Weichen und Export . . . . . 6

Weide auf die Pappe... . . . . 7



Bewegung

Planungssicherheit schaffen . . . . . 8

Alternativen zum Diesel . . . . . 16

Für das Leben, für das Land . . . . . 17

Grundeinkommen für Landwirt:innen? . . . . . 20

Mit Solawis strukturschwache Regionen stärken? . . . . . 21



Schwerpunkt: Agrarpolitisch ackern

Den Mutigen gehört die Welt . . . . . 10

Präsenz und Einsatzfreude gefragt . . . . . 11

Angriff auf den Fruchtwechsel . . . . . 12

14 Höfe, drei Bäcker und eine Mühle . . . . . 13

Mais für die Unabhängigkeit . . . . . 14

Zu Besuch bei Marlene Herzog und Ve Anissa Spindler, Seite 9;  
Nachbau, Seite 15; Gentechnik, Seite 18; Landleben, Seite 19;  
Kleinanzeigen/Veranstaltungen, Seite 22



# Die GAP nicht verspielen

Die Stimmung bei den meisten politischen Parteien ist sehr angespannt. Die Angst vor einem Rechtsruck bei den anstehenden EU-Wahlen ist groß und gerechtfertigt. Viele Wähler sind unzufrieden mit der aktuellen Politik. Ob das immer angebracht ist, lasse ich mal dahingestellt. Der Protest der Bauern, der sich letztendlich am geplanten Aus der Dieselerückvergütung und der Befreiung von der Kfz-Steuer entlud, machte die Politik dann zusätzlich nervös. Auch auf EU-Ebene machten die Bäuerinnen und Bauern ihrem Unmut dann Luft und forderten u. a. eine Entschärfung der EU-Vorgaben aus der letzten Agrarreform. Tatsächlich sind die Dieselerückvergütung, die Kfz-Steuerbefreiung und die EU-Anforderungen in Form der GLÖZ-Standards überwiegend einkommenswirksam und für die allermeisten Betriebe nicht mal eben auszugleichen. Erst recht nicht, wenn die Preise für Agrarprodukte wieder auf das Niveau von vor dem Ukraine-Krieg gefallen sind, die Preise für Betriebsmittel aber vielfach nicht zurückgenommen wurden. Die Kommission hat auf die Proteste sehr schnell reagiert und wesentliche Teile ihrer Grundanforderungen zur Erlangung der EU-Prämien zurückgenommen. Allen voran wurde die Verpflichtung zur vierprozentigen Brache abgeschafft. Die Kommission legte den Mitgliedsstaaten nahe, die Brache als Ökoregelung mit finanziellen Anreizen anzubieten, allerdings sind mit 1.300 Euro für das erste Prozent und 500 Euro für das zweite Prozent stillgelegter Ackerfläche nur diese wirklich interessant. Ab dem dritten bis zum sechsten Prozent gibt es dann noch 300 Euro, was in den meisten Gegenden Deutschlands nicht einmal dem Pachtpreis entspricht. Eine Aufweichung der Fruchtfolgeregelung, der Verpflichtung zur Winterbegrünung und des Grünlandumbruchverbots ist für die Mitgliedstaaten ebenfalls im Angebot. Der Bauernverband feiert die Erfolge auf europäischer Ebene, konnten die Forderungen zum Agrardiesel in Deutschland doch nicht umgesetzt werden. Richtig ist sicherlich, dass Umweltleistungen, welche die Betriebe am Markt nicht vergütet bekommen, ausgeglichen werden müssen. Das Einführen der Ökoregelungen als Anreizkomponente ist sicherlich auch ein richtiger Schritt, um die EU-Zahlungen an die Betriebe weiterhin rechtfertigen zu können. Allerdings müssen dann auch alle Betriebstypen die Möglichkeit haben, mit gesellschaftlichen Leistungen Geld zu verdienen, zumal das Geld bei der Einkommensgrundsicherung von 270 Euro auf 160 Euro gekürzt wurde. Leider gibt es bei der Reform Verlierer und das sind im Wesentlichen die Grünlandbetriebe mit Weidetierhaltung, wenn sie nicht vier Kennarten nachweisen können. Dabei wäre es einfach und dringend geboten, für diese Betriebe eine Weideprämie einzuführen. Auch für die Ackerbaubetriebe, die sich auf den Weg machen wollen und im Sinne des Green Deals Pflanzenschutzmittel und Düngemittel reduzieren wollen, muss es mehr Anreize geben. Technisch ist heute ohne chemischen Pflanzenschutz schon vieles möglich. Es ist aber leider mit wesentlich mehr Arbeit und höheren Maschinenkosten verbunden und daher für die konventionellen Betriebe unwirtschaftlich. Nährstoffüberschüsse zu vermeiden ist ein weiteres Feld, welches mit finanziellen Anreizen zu unterstützen ist. Das Hauptproblem auf EU-Ebene ist aber, dass man sich scheut, Regeln zur gemeinsamen Marktordnung einzuführen, die die Landwirte vor Erzeugerpreisen unter deren Gesteungskosten schützen. Wenn Lebensmittelkonzerne Milliarden Gewinne verkünden können, dann zeigt das, dass in der Gesamtwertschöpfungskette für Lebensmittel scheinbar genug Geld verdient wird, es aber an einer gerechten Verteilung hapert. Wir Bäuerinnen und Bauern müssen in der Politik viel mehr auf den Schutz des Klimas und der Biodiversität drängen. Wir werden die erste Berufsgruppe sein, die unter deren negativen Veränderungen zu leiden hat und später aber auch alle Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir brauchen dringend eine GAP, die sich für faire Erzeugerpreise und für eine angemessene Entlohnung von Umweltleistungen einsetzt. Damit diese Forderungen umgesetzt werden können, braucht es dringend ein starkes, demokratisches EU-Parlament. Damit der gefürchtete Rechtsruck ausbleibt, ist es wichtig, am 9. Juni wählen zu gehen und eine demokratische Partei zu unterstützen.

Martin Schulz, AbL-Bundesvorsitzender und Bauer im Wendland

# Kein Schutz des Bodenmarktes in Sicht

Vereitelte Agrarstrukturgesetze zum Ende der Legislatur in Brandenburg, Sachsen und Thüringen

Im September 2024 wird in Brandenburg, Sachsen und Thüringen neu gewählt und nun ist klar, dass es in dieser Legislatur in keinem der drei Länder ein Agrarstrukturgesetz geben wird. Fünf Jahre ist um diese Gesetze gerungen worden. Die AbL hat die Prozesse intensiv begleitet – in Hintergrund- und Verbändegesprächen, durch Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen.

## Nicht refinanzierbar

Die derzeitige Bodengesetzgebung schützt Bäuerinnen und Bauern bei direkten Landverkäufen, sie sind gegenüber Nicht-Landwirt:innen vorkaufsberechtigt. Unreguliert und auch völlig unerfasst sind indirekte Bodenverkäufe. Das heißt, wenn eine Agrargenossenschaft zu Anteilen oder vollständig von einem Investor gekauft wird – egal, ob dieser Landwirt ist oder nicht – und in diesem Zuge auch der Boden den Besitzer wechselt, dann gibt es kein Gesetz, das diesen Fall reguliert. Der Vorgang ist nicht anzeigepflichtig und findet deshalb meist im Verborgenen statt. In der Folge ist Boden zu einem Anlageobjekt für meist außerlandwirtschaftliche Investoren geworden. Die Bodenpreise sind in einem solchen Ausmaß gestiegen, dass sie mit landwirtschaftlicher Arbeit in einem Arbeitsleben kaum zu refinanzieren sind. Hinzu kommt, dass bestehende Landwirtschaftsbetriebe in der Konkurrenz um Pachtland nun mit Investorenbetrieben im Wettbewerb stehen, welche die ortsübliche Pacht regelmäßig überbieten, um an Flächen zu kommen. Angesichts des hohen Pachtflächenanteils von 70 bis 80 Prozent kann das für die Agrarbetriebe in Ostdeutschland existenzbedrohend sein. Insgesamt steigen dadurch die Pachtpreise. Bereits 2017 waren laut Thünen-Institut etwa ein Drittel der

ostdeutschen Großbetriebe in den Händen überregionaler Unternehmen.

## Eine Schwelle fürs Gesetz

Das alles sollte der für den Bodenmarkt zuständigen Landespolitik und den landwirtschaftlichen Vertretungen Grund genug sein, sich für den Schutz der Böden und der bestehenden Agrarbetriebe vor dem Ausverkauf an Investoren einzusetzen. Deshalb schien die Frage anfangs vor allem die zu sein, wie die notwendig gewordenen Agrarstrukturgesetze juristisch sauber formuliert werden können. Daran arbeitete seit 2015 eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe. Schnell wurde dabei deutlich, dass Investoren mit dem ersten Betriebskauf auch Landwirte werden und über das Kriterium „Landwirt“ nicht ausschließen sind. Nur eine Flächenkonzentrationsgrenze, also ein Limit an Eigentums- und Pachtland für alle Betriebe, Unternehmensverbindungen und Privatleute gleichermaßen, bietet einen wirksamen Schutz gegen Investoren. Diese „Grenze“ – oder in Brandenburg: „Schwelle“ – wird jedoch von den Landesbauernverbänden, vom Genossenschaftsverband, von der Vertretung der Familienbetriebe Land und Forst und von Land schafft Verbindung abgelehnt. Allerdings haben sie alle keinen Alternativvorschlag formuliert. Traditionell mit dem Bauernverband verbundene Parteien wie die SPD in Brandenburg, die CDU in Sachsen und CDU und Linke in Thüringen haben daraufhin ihre Zustimmung zu den bereits im Koalitionsvertrag verankerten Agrarstrukturgesetzen zurückgezogen. So ist zumindest die Darstellung nach außen.

## Öffentliche Debatte bestimmen

Beispiele aus der Vergangenheit und



Welche Agrarstruktur ist gewollt?

Foto: Frijns/pixabay

auch die Argumentation der Verbandsvertretungen in Diskussionen und Anhörungen legen allerdings vielmehr den folgenden Schluss nahe: Eine kleine Gruppe von Menschen, die mit dem jetzigen Zustand Geld verdient, versucht über drei bis fünf Landwirtschaftsverbände die öffentliche Debatte zu bestimmen. Dazu gehören wahrscheinlich große Anteilseigner an Landwirtschaftsbetrieben, die gerne in den kommenden Jahren an Investoren verkaufen würden, die Investoren selbst sowie auf diese Art von Verkäufen spezialisierte Dienstleistungsfirmen, die an Share Deals verdienen.

## Brandenburg, Sachsen, Thüringen

Wie ist nun der Stand in den einzelnen Bundesländern? In Brandenburg hat das Landwirtschaftsministerium einen Gesetzesentwurf veröffentlicht, der nicht vom Kabinett verabschiedet wurde und damit keine Aussicht hat, in dieser Legislatur noch verabschiedet zu werden. Das grün geführte Ministerium erhofft sich dadurch dennoch, eine Diskussionsbasis für die nächste Legislaturperiode zu legen und so zum Ziel zu gelangen. Die Sorge um fehlende Rechtssicherheit ist eines der zentralen Argumente, die gegen ein Agrarstrukturgesetz in Brandenburg insprichwörtliche Feld geführt wurden. Dieses Argument wirkt jedoch vorge-schoben. Die Gegner:innen des Gesetzes – allen voran die SPD und der Landesbauernverband – scheinen erst zufrieden, wenn ihnen das zuständige Agrarministerium garantiert, dass niemand gegen das Gesetz vor Gericht zieht. Mitarbeiterinnen des Ministeri-

ums machten Mitte Mai in einem Fachgespräch noch einmal deutlich, dass das natürlich nicht funktionieren wird. In Sachsen ist der Gesetzesentwurf zwar vom Kabinett (CDU, SPD und Grünen) verabschiedet worden. Im parlamentarischen Verfahren hat die CDU-Fraktion aber dem Gesetzesvorschlag der eigenen Regierung eine Absage erteilt und das Gesetz gestoppt. Grundsätzlich halte sie ein solches Gesetz aber trotzdem für sinnvoll und wolle es in der neuen Legislatur erneut angehen.

In Thüringen hat im April eine öffentliche Anhörung zum Gesetzesentwurf der Regierung stattgefunden. Der Entwurf enthält allerdings keine Regulierung von Share Deals. Einer Initiative einzelner Abgeordneter, den Entwurf im parlamentarischen Verfahren noch umzuschreiben, läuft gerade die Zeit weg. Substantielle Bodenmarktregulierungen in Thüringen sind also nicht zu erwarten.

## Niedersachsen?

Und wie ist der Ausblick? Was macht die AbL in der neuen Legislatur in diesen Bundesländern? Das öffentliche Gespräch am Laufen halten, den Finger immer wieder in die Wunde legen, die neue Legislatur nutzen und vor allem innerhalb des Berufsstands die Debatten schüren. Zudem liegt der Fokus nun auch auf Niedersachsen, wo die zuständige Agrarministerin Miriam Staudte gerade ein Agrarstrukturgesetz erarbeiten lässt.

Anne Neuber, Christof Pottthoff,  
AbL Mitteldeutschland



Im April gab es noch eine Aktion...

Foto: AbL-Mitteldeutschland

# BVVG verpachtet gemeinwohlorientiert

Nach langen und zähen Verhandlungen gibt es endlich einen Erfolg für Bauern und Bäuerinnen

Nach ihrer Gründung 1992 verwaltete die 1996 in Bodenverwertungs- und -verwaltungs-GmbH (BVVG) umbenannte Treuhandgesellschaft etwa 1,1 Millionen Hektar Agrarland. Sie hatte den Auftrag, die ehemaligen volkseigenen landwirtschaftlichen Flächen der DDR zu privatisieren. In der Folge verkaufte sie viele Flächen bis 2010 vor allem vergünstigt an Bestandspächter:innen; Mehr als 371.000 Hektar waren das etwa über das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG). Danach machte die BVVG insbesondere Schlagzeilen, weil sie das Land oft zum Höchstpreis an die Meistbietenden verkaufte. So lagen die Preise für BVVG-Flächen über Jahre hinweg deutlich über den durchschnittlichen Kaufwerten von Agrarland, womit sie den Bodenmarkt zusätzlich anheizte. Mit dieser Politik bevorzugte die BVVG über Jahrzehnte agrarindustrielle Großbetriebe, während bäuerliche Betriebe und Existenzgründer:innen oft leer ausgingen. Zunehmend gelangten außerlandwirtschaftliche Investoren an einen nicht unerheblichen Teil des Landes der BVVG; sie besitzen in Ostdeutschland über 34 Prozent aller Großbetriebe. Mit dieser Vergabepaxis fügte sich die BVVG nahtlos in die neoliberale Logik ein: Statt mit öffentlichem Eigentum lebendige ländliche Räume und regionale Betriebe zu stärken und die Agrarwende voranzutreiben, privatisierte sie dieses, verstärkte die Flächenkonzentration in den Händen weniger und schwächte bäuerliche Betriebe. Übrig geblieben sind inzwischen noch knapp 90.000 Hektar.

## Lindners Vertragsbruch

Die AbL hat schon lange gefordert, dass die BVVG die Privatisierung von Agrarflächen beendet und stattdessen gemeinwohlorientiert verpachtet. Gemeinwohlverpachtung ist eine transparente Vergabepaxis von Agrarflächen, die sich am Gemeinwohl der Gesellschaft orientiert. Die Vergabe erfolgt nach Kriterien, etwa an ortsansässige Betriebe, die regional und bedarfsorientiert vermarkten, Tier-, Umwelt- und Naturschutzleistungen erbringen, Arbeitsplätze schaffen und damit wirtschaftlich und sozial eine tragende Säule in der Gesellschaft einnehmen. Auch die Förderung von Existenzgründung gehört dazu. Ein erster Erfolg war es daher, dass die Ampelkoalition das



Es brauchte einige Protestaktionen – wie hier vor dem BMEL – aber auch vor dem Finanzministerium

Foto: Magnolia

Ende der Privatisierung und stattdessen eine Verpachtung an „ökologische und nachhaltige Betriebe“ als Ziel in ihrem Koalitionsvertrag festschrieb. Insbesondere die FDP um Finanzminister Christian Lindner stellte diese Vereinbarung jedoch immer wieder in Frage, sodass es u. a. Protestaktionen vor dem Finanzministerium und eine groß angelegte Unterschriftenaktion der AbL brauchte, um sie zum Einlenken zu bringen. Über 150.000 Menschen unterschrieben die Petition „Lindners Vertragsbruch: Ausverkauf öffentlichen Eigentums stoppen!“ der beiden AbL-Landwirtinnen Dorothee Sterz und Gesine Langlotz.

## Pilotphase

Im Juni 2023 kam dann der erste Durchbruch: Die Regierung erließ neue „Grundsätze für das Flächenmanagement der BVVG“. Zunächst nur als Pilotphase für das laufende Jahr, da die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt in letzter Sekunde Bedenken anmeldeten und ihre Unterschrift verweigerten. Diese Grundsätze wurden nun in leicht geänderter Version verstetigt. In den neuen Grundsätzen ist u. a. geregelt, dass von den restlichen 89.000 ha Land etwa 25.500 ha als Naturschutzflächen ins Nationale Naturerbe übergehen sollen. Bis Ende 2024 können zudem noch maximal 2.000 ha privatisiert werden. Hierbei geht es vor allem um Rechtsansprüche nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG). Die restlichen immerhin noch etwa 62.000 ha Land werden seit letztem Jahr nach

Gemeinwohlkriterien vergeben. Bei deren Erarbeitung hat die AbL kräftig mitgewirkt; der Kriterienkatalog der AbL für eine gemeinwohlorientierte Verpachtung diente in den Verhandlungen zwischen den verschiedenen Parteien, Ministerien und Verbänden als Diskussionsgrundlage.

Zukünftige Kriterien für die Vergabe der BVVG-Flächen sind etwa, ob der Betrieb eine Existenzgründung ist, ob es ein regionaler oder ein ökologischer Betrieb ist. Auch Schafhalter:innen, Betriebe mit Tierschutzlabel und Betriebe, die Hecken anlegen, Moore wiedervernässen oder andere Naturschutzleistungen erbringen, können Punkte sammeln. Der gebotene Preis spielt nach wie vor eine Rolle. So muss ein Betrieb mindestens 60 Prozent des veröffentlichten Orientierungswertes bieten; zudem bekommen die drei höchstbietenden Betriebe Pluspunkte. Im Katalog fehlen insbesondere soziale Kriterien wie der Arbeitskräftebesatz oder Fragen der Direktvermarktung. Nichtsdestotrotz ist der Kriterienkatalog umfangreich, relativ ambitioniert und fortschrittlich.

## Erste Ergebnisse

Für die Pilotphase 2023 hat die BVVG erste Ergebnisse veröffentlicht. Durch die verspätete Einigung musste die BVVG in recht kurzer Zeit 26.000 Hektar Land auslaufender Pachtverträge neu verpachten. Leider veröffentlichte die BVVG nur die Zahlen hinsichtlich des Vergabekriteriums ökologisch wirtschaftender Betrieb. So gingen laut BVVG 56 Prozent der über

Ausschreibungen neu verpachteten Fläche an ökologisch wirtschaftende Betriebe. Der ökologisch bewirtschaftete Pachtflächenanteil der BVVG-Fläche stieg damit auf rund 30 Prozent. Nach unserer Informationslage, u. a. aus Erfahrungsberichten von AbL-Betrieben, bekamen auch häufig Junglandwirt:innen bzw. Existenzgründer:innen den Zuschlag für Flächen, auf die sie vorher keine Chance hatten. So konnte etwa ein Junglandwirt in Sachsen-Anhalt einen Betrieb mit 150 Hektar Pachtland der BVVG aufbauen; ohne die neuen Regelungen wäre er niemals an das Land gekommen. Ausgewertet wurde auch der durchschnittliche Pachtpreis der BVVG, welcher leicht rückläufig war. Kostete ein Hektar 2022 noch durchschnittlich 447 Euro, lag der Preis 2023 bei 437 Euro. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber damit liegt die BVVG nach wie vor deutlich über den Durchschnittswerten in Ostdeutschland. Und dennoch – die Entscheidung ist ein Meilenstein für Bäuer:innen und Junglandwirt:innen in Ostdeutschland und für die AbL. Die vielen Mühen und der lange Kampf haben sich endlich ausgezahlt. Dies gibt gleichzeitig auch Hoffnung und Motivation für die AbL dranzubleiben. Denn auch die Kirchen, Kommunen und Bundesländer besitzen Land, welches sie allzu häufig noch nicht nach Gemeinwohlkriterien verpachten.

Jan Brunner, Geschäftsführung  
AbL Mitteldeutschland

# Bürokratieabbau, aber richtig!

Statt Rollback mehr Vertrauen in Bauern und Bäuerinnen

Alle Welt redet gerade von Bürokratieabbau in der Landwirtschaft, jüngst erst wieder die Agrarminister:innen der Bundesländer auf ihrer Sonder-AMK. Gleichzeitig haben sich die meisten landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland in den vergangenen Tagen mit der meist höchsten bürokratischen Hürde, die das Dasein als Bauer oder Bäuerin zu bieten hat, dem Antrag auf Fördermittel aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), herumgeschlagen. Bislang haben jedenfalls die hektischen Brüsseler Reaktionen auf die Bauernproteste in ganz Europa kaum positive Auswirkungen auf die Schreibtische auf den Höfen gehabt. Aber unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus wurden damit ökologische und soziale Standards geschleift. Allenfalls die gefühlige Reaktion „Die EU-Kommission wertschätzt unsere Arbeit plötzlich und nimmt deshalb perspektivisch Umweltauflagen und Kontrollen weg“ mag sich bei einem Teil der Betriebsleiter:innen in der EU eingestellt haben. Schließlich ist ein immer wieder in Gesprächen mit Bauern und Bäuerinnen auftauchender Punkt hinsichtlich der generellen Unzufriedenheit mit der GAP das Gefühl, es werde einem grundsätzlich misstraut. Die Angst, Fehler bei der Bürokratie zu machen, ist so lähmend wie die Bürokratie selbst. Befeuert wird das oft noch durch Reaktionen aus der Verwaltung, die oft genug weder konsistent noch transparent agiert. Hat der bearbeitende Beamte gerade einen guten oder schlechten Tag? Ist die in den Bundesländern ausgegebene Behandlungspolicy eher zugunsten oder zu Ungunsten der Bauern? Wird auf Fehler mit Erklärungen und Korrekturmöglichkeiten hingewiesen oder gleich sanktioniert? Die AbL hat die derzeitige „Antragsabgabezeit“ zum Anlass genommen, in einer Presseerklärung Verbesserungsvorschläge fürs nächste Jahr zu veröffentlichen:

- Für die Beantragung von Fördermitteln aus der ersten und zweiten Säule darf es

nur noch eine einzige einheitliche Antragsebene geben.

- Die einzelnen Prämienhöhen sowie die zu erwartende Gesamtprämienhöhe sollten insbesondere bei den Ökoregelungen und Agrar-, Umwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) bereits bei der Antragstellung klar erkennbar sein.
- Bei klar erkennbaren Fehlern, offensichtlichen Inkompatibilitäten oder offenkundig unwissentlich nicht beantragten Fördermitteln muss die Antragssoftware dies durch deutliche Fehlermeldungen frühzeitig kenntlich machen.
- Deutschland muss von der auf EU-Ebene gegebenen „Kleinerzeugerregelung“ Gebrauch machen. Diese sieht für alle Betriebe alternativ zum klassischen Agrarantrag eine bürokratiearme Pauschalzahlung von bis zu 1.250 Euro vor.
- Für die Beantragung der gekoppelten Zahlungen für kleine Wiederkäuer ist die bisherige Einzeltiernennung durch die Nennung der Gesamtzahl an Tieren zu ersetzen.
- Zwischen dem Agrarantrag und allen weiteren Datenbanken sowie den Öko-Kontrollstellen müssen Schnittstellen eingerichtet werden.
- Das Flächenverzeichnis sollte als Excel-Datei exportierbar und die Angaben des Agrarantrags für die GPS-Systeme der Traktoren exportierbar sein.
- Es sollte ein System des Vertrauensvorschlusses statt des Misstrauens Eingang in Ämter und Verwaltung finden. Bei Unstimmigkeiten muss nachgefragt statt direkt sanktioniert werden. Im Zweifel ist im Sinne des landwirtschaftlichen Betriebs zu entscheiden.
- Zur besseren Unterstützung sollte allen landwirtschaftlichen Betrieben flächendeckend kostenlose Beratung von unabhängigen Beratungsstellen angeboten werden.

cs



Kein Bürokratiemonster

Foto: birgl/pixabay

## Bewegung beim Düngegesetz

Nach vielen Monaten Stillstand wird das parlamentarische Verfahren für die Verhandlungen zum Düngegesetz wieder aufgenommen. Im Oktober 2023 ist das Gesetz durch die erste Lesung im Bundestag gegangen, anschließend gab es eine Anhörung im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft. Seither ging nichts mehr weiter. Jetzt haben die Koalitionsfraktionen einen Entschließungsantrag zur Novellierung des Düngegesetzes vorgelegt. Diese Novellierung ist Grundlage für die Umsetzung und Ausgestaltung der Monitoring- und Nährstoffbilanzierungsverordnung (auch Stoffstrombilanzverordnung genannt). In dem rechtlich nicht bindenden Antrag fordern die Koalitionsfraktionen insbesondere die Umsetzung des Verursacherprinzips: Auf Grundlage der beiden Verordnungen sollen gewässerschonend wirtschaftende Betriebe in roten Gebieten von den Sanktionen befreit werden. Außerdem sollen Betriebe mit weniger als 15 Hektar generell von den Regelungen ausgenommen und entlastet werden. Ob, wann und wie die Verordnungen weiter ausgestaltet werden, wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Rosa Braun, AbL-Klimaexpertin

## Rückschritte beim Klimaschutz

Nach vielen Monaten Stillstand wird das parlamentarische Verfahren für die Verhandlungen zum Düngegesetz wieder aufgenommen. Im Oktober 2023 ist das Gesetz durch die erste Lesung im Bundestag gegangen, anschließend gab es eine Anhörung im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft. Seither ging nichts mehr weiter. Jetzt haben die Koalitionsfraktionen einen Entschließungsantrag zur Novellierung des Düngegesetzes vorgelegt. Diese Novellierung ist Grundlage für die Umsetzung und Ausgestaltung der Monitoring- und Nährstoffbilanzierungsverordnung (auch Stoffstrombilanzverordnung genannt). In dem rechtlich nicht bindenden Antrag fordern die Koalitionsfraktionen insbesondere die Umsetzung des Verursacherprinzips: Auf Grundlage der beiden Verordnungen sollen gewässerschonend wirtschaftende Betriebe in roten Gebieten von den Sanktionen befreit werden. Außerdem sollen Betriebe mit weniger als 15 Hektar generell von den Regelungen ausgenommen und entlastet werden. Ob, wann und wie die Verordnungen weiter ausgestaltet werden, wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Rosa Braun, AbL-Klimaexpertin

## Philippinisches Gericht verbietet Gentech-Anbau

Vor drei Jahren erlaubte die philippinische Regierung den kommerziellen Anbau von gentechnisch verändertem (GV), „goldenem“ Reis. Diese Zulassung wurde nun vom dortigen Gericht wieder aufgehoben und damit die vorläufige Entscheidung eines Eilverfahrens im Jahre 2023 bestätigt. Auch eine GV-Aubergine darf nach dem Urteil nicht mehr kommerziell angebaut werden. Zudem wurde die Regierung verpflichtet, die Risikobewertung und Überwachung von GV-Pflanzen zu verschärfen. Solange dürfen keine Freisetzungsversuche, kein Anbau oder Importe von GVO genehmigt werden. Das Gericht stellte fest, dass es laut Stellungnahmen der Sachverständigen aller Parteien und laut zahlreichen vorgelegten Studien keinen Konsens über die Sicherheit oder die schädlichen Auswirkungen von „goldenem“ Reis und der GV-Auberginen auf Mensch und Umwelt gebe. Deshalb greife das Vorsorgeprinzip und der kommerzielle Anbau der beiden Pflanzen werde untersagt, bis die beklagten Regierungsbehörden nachweisen, dass die GVOs sicher sind und alle rechtlichen Anforderungen eingehalten werden. Das in der philippinischen Verfassung verankerte Recht auf eine ausgewogene und gesunde Umwelt sei zu schützen, so die Richter. Noch ist das Urteil nicht rechtskräftig, die unterlegene Regierung kann das oberste Gericht anrufen. Die philippinische Bauernvereinigung Masipag und Greenpeace begrüßten das Urteil. Es stärke die Zukunft der Landwirtschaft und bestätige das Vorsorgeprinzip. av

# Mehr „Weiter so“ mit Wachsen, Weichen und Export

Ist der Agrar-Rollback in den Niederlanden ein Vorbild für die EU?

**W**er ein Beispiel dafür haben will, wie die zukünftige europäische Agrarpolitik aussehen könnte, sollte sich die Rahmenvereinbarungen der neuen niederländischen rechts-konservativen Regierung ansehen. Nach sechsmonatigen Verhandlungen haben sich vier Parteien unter der Führung der rechtspopulistischen „Partei der Freiheit“ (PVV) auf eine Koalition geeinigt, an der auch die sozial-konservative Bauern-Bürger-Bewegung (BBB) beteiligt ist. Auf einen Regierungschef hat man sich noch nicht festlegen können.

PVV-Führer Geert Wilders, der noch vor kurzem den Austritt der Niederlande aus der EU forderte, hat einen radikalen Wechsel in Teilen der Gesellschaftspolitik angekündigt, u. a. die „strengste Asylpolitik aller Zeiten“, die gekennzeichnet sei von „so weit wie möglich abschieben, auch mit Gewalt“. Ausbau der Atomenergie und Erdgasförderung in der Nordsee stehen weit vorn, ebenso Erhöhung des Tempolimits von 100 auf 130 km/h und Erhaltung des Verbrennermotors, aber weniger Windkraft und keine Wärmepumpenpflicht.

## Ausführlicher Landwirtschaftsteil

In der Rahmenvereinbarung, die den Titel „Hoffnung, Mut und Stolz“ trägt, ist auch ein ausführlicher Katalog für die Agrarpolitik beschrieben, der nach eigener Auffassung eine „gute Zukunft“ für die Branche in Aussicht stellt. Damit will sich besonders die BBB profilieren, nachdem ihr mancher eine enge und unkritische Kooperation mit dem nationalistischen, ausländerfeindlichen Wilders vorgeworfen hat. Die BBB ist ein Ausläufer oder der parlamentarische Arm der Agrar-Protestaktionen der letzten Jahre und hat „eine wichtige Rolle bei der Einigung gespielt“, so Parteichefin Caroline van der Plas. Sie sei sehr stolz, dass ihre erst vier Jahre junge Partei aktuell am Kabinett teilnehmen werde.

Kern des Agrarteils sind nicht Zukunftsvorstellungen für die Landwirtschaft, sondern die Abschaffung der „restriktiven Übergangspolitik“. Im Mittelpunkt steht dabei die Lösung des Stickstoffproblems, die seit Jahren vernachlässigt und vom obersten Gericht eingefordert wird. Man arbeite mit Hochdruck an der Güllekrise – eine Folge der höchsten Viehdichte in Europa – die aber jetzt praktikabel, d. h.

freiwillig und betriebsindividuell gelöst werden soll. Eine zuvor diskutierte Flächenbezogenheit der Viehbestände ist gestrichen. Die bis 2025 geltende Ausnahmeregelung der EU-Nitratrictlinie, nach der man sich nicht an die vorgeschriebene Grenze von 170 kg N aus tierischem Ursprung pro ha halten muss, will man weiter durchsetzen und die belasteten Regionen in der Nähe von Naturschutzgebieten Natura 2000 „politisch“ verkleinern. Die lenkende Politik in Richtung einer Verkleinerung der Viehbestände wird beendet. Nur eine „großzügige und freiwillige Aufkaufregelung für veraltete Betriebe“ bleibt im Gespräch. Außerdem soll eine Steuervergünstigung von 28 Cent pro Liter Agrardiesel eingeführt werden.

## Rechte EU-Kommission angestrebt

Die neue Koalition räumt dem Konzept der Versorgungssicherheit Priorität vor Lebensmittelqualität ein. Der größte holländische Bauernverband LTO begrüßt die Richtung der Vereinbarung, an der er auch mitgearbeitet hat. Eine Distanzierung von der ausländerfeindlichen PVV kommt nur schmallippig. Reduktion von EU- und nationalen Auflagen gelten als zentrales Agrarziel der neuen Regierung. Der Rollback wird zur neuen Wertschätzung der Branche umdefiniert. Damit feiern die alten Ziele des eigenverantwortlichen Agrarsektors (ohne gesellschaftliche Einmischung) und der Befreiung von „unrealistischen“ staatlichen Auflagen für „hochwertige landwirtschaftliche Flächen“ fröhliche Auferstehung. Naturschutz wird auf extensive Flächen begrenzt (Landschaftspflege) und subventioniert, die Hoffnung auf einen starken Exportsektor befeuert. Der Klimawandel als Agrarproblem wird zurückgestellt, Lösungen auf freiwillige Maßnahmen reduziert. „Freie Fahrt für freie Unternehmer“ hört man auch von den Aktivisten der Protestbewegung. Ihr Ziel scheint erreicht, wenn Brüssel mitspielt. Aber das ist überhaupt nicht ausgemacht. Die Senkung der Schwellenwerte bei der Nitratrictlinie und eine Beibehaltung der Gülle-Ausnahmeregeln für Hollands Tierhalter wird die EU wohl nicht einfach durchwinken. Bisher scheiterten oft nationale Sonderwünsche, gerade bei Wasser- bzw. Nitrathemen. Die BBB hofft auf ein gutes Ergebnis bei der Europawahl und eine rechtskonservative Kommission, die den Ländern „mehr Spiel-



Rechts ab oder gradeaus in den Niederlanden?

Foto: Mabelamber/pixabay

raum“ lässt und weniger Klima- und Naturschutz einfordert. Wilders PVV will sich den Rechtspopulisten von Le Pen (Frankreich), Meloni (Italien), AfD (Deutschland) u. a. anschließen und die EU auf „rechts drehen“.

## Agrarindustriieberater als Minister?

Bezeichnend könnte auch die Wahl des „angehenden“ Landwirtschaftsministers sein. Die Koalition will eine Regierung aus vielen Experten zusammenstellen. Heiß gehandelt als Favorit des BBB für den Agrarministersessel wird Professor Aalt Dijkhuizen, Präsident des Interessenszusammenschlusses Agri & Food, in dem Wirtschaftsvertreter, Wissenschaft und Politik zusammensitzen. Dijkhuizen ist Professor der Universität Wageningen und hat viele direkte Kontakte in die Industrie, z. B. zum Zuchtkonzern de Hendrix, aber auch in den Welthandel, z. B. als Co-Direktor des Holland Center China und Unternehmensberater der Agrarwirtschaft in China. Die Investmentfirma NPM berät er im Bereich „Welternährung“.

## Proteste nicht unerwartet

Für langjährige Kritiker des Agrarsektors sind die Bauernprotestbewegung und ihre Wahlfolgen kein „unerwarteter Ausbruch“, auch wenn die Dynamik erstaunt. Der emeritierte Professor Jan Douwe van der Ploeg analysiert sie als Ergebnis eines doppelten Widerspruchs. Im Agrarsektor wurde ein Unternehmensmodell gefördert mit dem „Versprechen des ständigen Wachs-

tums und der fast unbegrenzten Expansion“. Die Modernisierung der Betriebe (groß, spezialisiert, verschuldet) mit hohem Einsatz von externem Input und fossiler Energie erweise sich nun als anfällig und verwundbar. Dieses Modell sei in die Kritik der Gesellschaft und in Konflikt mit der Natur geraten. In Holland sei die Stickstoffkrise ein Ausdruck davon, in anderen EU-Ländern der Agrardiesel oder das Wasserproblem oder der Preisdruck. Der Agrarkomplex stilisiere sich dabei gern als Opfer.

## Europawahl entscheidend

Der europaweite Frust der Bauern richtet sich auf die EU-Kommission, deren „Lösungsansätze“ technokratisch, bürokratisch und praxisfeindlich daher kommen und ungerecht erscheinen. Für Jan Douwe könnte der Erfolg der Protestwelle und des Bauernverbandes ein Pyrrhussieg sein, der sich nur vorübergehend positiv anfühle. Klimawandel, Artensterben, Wasser- und Gülleprobleme sind ja keine Erfindung von Bauernfeinden und werden sich nicht durch Leugnung oder „Kleinreden“ verflüchtigen. Es wird sich nun zeigen müssen, ob sich der holländische Agrarsektor notwendigen Begrenzungen unterwirft oder seine eigenen Regeln aufstellt. Oder ob eine neue „rechtslastige“ Kommission die GAP-Ziele den nationalen Forderungen und Egoismen überlässt. Dann steht die gemeinsame Agrarpolitik vor dem Ende.

Hugo Gödde, Marktbeobachter

# Weide auf die Pappe ...

... und Kühe auf die Weide, fordert Bündnis in Niedersachsen

Ein ungewöhnlich breites Bündnis aus Landwirtschaft wie auch Umwelt- und Tierschutz kam unter dem Dach der niedersächsischen Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte (Grüne) in Hannover zu einem Pressetermin zusammen, um Kritik an den Kennzeichnungsplänen des Lebensmittelhandels im Hinblick auf die Weidehaltung von Milchkühen zu üben. Im Zuge der Anpassung der Kennzeichnung von tierischen Produkten im Rahmen der von der Initiative Tierwohl initiierten Haltungsform-Kennzeichnung an die von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) eingeführte Tierhaltungskennzeichnung droht die Weidehaltung von Milchkühen kennzeichnungstechnisch und damit am Ende ökonomisch auf der Strecke zu bleiben. Auf den ersten Blick ist es nur eine Umstellung von einer vier- zu einer fünfstufigen Kennzeichnung, die Weidehaltung bleibt in der Stufe drei. Die Bezeichnung ändert sich allerdings in „Frischlufthof“, da die Kriterien aus der Schweinehaltung abgeleitet wurden. Um die Stufe vier „Weide/Auslauf“ zu erreichen, müssten Milchkühe neben dem Weidegang auch noch ständigen Zugang zu einem Laufhof haben. Das ist für die allermeisten Milchviehbetriebe mit Weidegang praxisfern und ökonomisch nicht leistbar. Schon bislang können sie ihre Mehrkosten über eine bessere Vermarktung kaum realisieren. „Die Rede war immer von den legendären fünf Cent“, sagt Ottmar Ilchmann, Vorsitzender der AbL Niedersachsen und Milchbauer in Ostfriesland, bei der Pressekonferenz in Hannover, „die es für eine Weidemilchvermarktung mehr braucht und die es geben sollte.“ Damit war das breite Bündnis schon einmal an-

getreten, als mit der Initiative Pro Weideland eine Kriteriencharta und eine Vermarktungsinitiative mit einem Label initiiert wurde. Erreicht wurden die fünf Cent nie ganz und die Befürchtung ist nun, dass mit einer faktischen Abstufung in der Handelskennzeichnung die Bedingungen nicht besser werden. Denn der Handel will perspektivisch die Stufe drei als Einstiegsstufe seiner Produkte und braucht dort große Milchmengen. Vielleicht ist es ihm auch deshalb gar nicht unlieb, dass die Weidemilch darin verschwindet. Frank Kohlenberg, Vertreter des Landvolks, des niedersächsischen Bauernverbandes, formuliert es so: „Der Handel möchte Masse, aber nicht ausweisen.“ Die Sichtbarmachung, das betont auch Ministerin Staudte, ist allerdings aus Verbrauchersicht wünschenswert. Deshalb diese Pressekonferenz im Weideland Nummer eins, wo immerhin noch 46 Prozent der Kühe im Sommer aufs Gras gehen. Außerdem haben die Ministerin und AbL, Landvolk, BdM, LsV, Greenpeace, pro Vieh, Nabu und das Grünlandzentrum Niedersachsen einen Brief an den Handel, bzw. dessen Zeichenvergabe-gremium in dem übrigens auch der Bauernverband sitzt, geschrieben, in dem sie zu einer Veränderung der Einstufung auffordern. Bislang ohne eindeutige Resonanz, man spreche noch, es gebe Bedenken. „Die Politik könnte vorangehen“, sagt Ilchmann, „das Bundesministerium hat ja schon angekündigt, auch staatliche Tierhaltungskriterien für die Rinderhaltung festzulegen. Es sollte bereits jetzt signalisieren, dass die Weidehaltung in Premiumstufe vier einsortiert wird, damit würde man den Handel sicherlich zum Handeln bewegen.“

cs



Würde auf der Weide

Foto: Jaclou/Pixabay

## FDP blockiert Markt

Ausgerechnet die FDP, die selbsternannte Partei der Marktwirtschaft, hat keine Skrupel, ein Mehr an Markt für Milchbauern und -bäuerinnen zu blockieren. Mit der vom Bundeslandwirtschaftsministerium geplanten, von AbL, BdM, EMB und LsV seit Jahren geforderten Aktivierung des Artikels 148 der gemeinsamen Marktordnung könnten Milcherzeuger:innen ihre Marktposition gegenüber den Molkereien über Bündelung und Vertragsverhandlungen verbessern. Letztendlich würde über dieses Instrument der Selbstermächtigung für Bauern und Bäuerinnen mehr Transparenz geschaffen und damit auch ein besserer Preis ermöglicht. Bauernverband und CDU lehnen die Aktivierung des Artikels 148 ab. Nun hat auch die FDP ihr Veto gegen den Plan des BMEL eingelegt. Zum Abschluss des Europawahlkampfes der Partei in Hamburg mussten sich FDP-Spitzenpolitiker mit verärgerten Milchbauern und -bäuerinnen bei einer gemeinschaftlichen Aktion der Verbände und einer allerdings braven Kuh auf dem Hamburger Gänsemarkt auseinandersetzen. cs

## Mehr Antibiotika in US-Ställen

In den USA wurden 2022 6,25 Millionen Kilogramm medizinisch wichtiger antimikrobieller Substanzen verkauft, 4,3 Prozent mehr als im Vorjahr, aber rund zwei Millionen weniger als 2016. Das teilte die US-Behörde Food and Drug Administration (FDA) mit. Der größte Teil der Antibiotika wird in der Landwirtschaft eingesetzt. Rinderhalter verwendeten 2,57 Millionen Kilogramm Antibiotika, 4,3 Prozent mehr als im Vorjahr, Schweinehalter kauften 2,66 Millionen Kilogramm, fünf Prozent mehr als 2021. Verschiedene Studien haben nachgewiesen, dass sich durch die kontinuierliche Anwendung in Ställen mit Intensivhaltung resistente Krankheitskeime besonders rasant vermehren. Offiziell werden die meisten Antibiotika den Tieren als Prophylaxe über Futter und Trinkwasser verabreicht. Ein für die Farmer finanziell positiver Nebeneffekt ist jedoch auch eine deutlich schnellere Gewichtszunahme der Tiere. In der EU ist die prophylaktische Anwendung von Antibiotika verboten. ml

## Weiter keine Einigung zu neuen Gentechniken

Aktuell stockt der Verordnungsvorschlag der EU-Kommission zu neuen Gentechnik (NGT)-Pflanzen – und das ist gut so. Würde er verabschiedet, könnte ein Großteil der NGT-Pflanzen nicht mehr nach EU-Gentechnikrecht reguliert werden. Das wäre das Aus der gentechnikfreien ökologischen und konventionellen Lebensmittel-erzeugung. Deshalb gibt es Protest dagegen. Auch von Seiten einiger EU-Mitgliedstaaten – so dass diese sich bisher nicht auf eine gemeinsame Position zum Gesetzesvorschlag einigen konnten. Bereits die vergangene spanische Ratspräsidentschaft übte enormen Druck zur Einigung aus – und ist damit gescheitert. Nun hat die aktuelle belgische Präsidentschaft den Mitgliedstaaten einen neuen Kompromissvorschlag zum Streitpunkt Patente vorgelegt. Laut dieses Vorschlags sollen nur NGT-Pflanzen, für die kein Patent angemeldet ist, den Status der sog. Kategorie 1 erhalten – einhergehend mit einer völligen Deregulierung. Die AbL kritisiert diesen Vorschlag, da aus bäuerlicher Sicht das Vorsorgeprinzip zu sichern ist, indem alle NGT-Pflanzen umfassend auf ihre Risiken zu prüfen und den bestehenden Gentechnik-Regelungen zu unterziehen sind. Deshalb ist sehr zu begrüßen, dass der EU-Rat sich diesem Vorschlag nicht angeschlossen hat. Allerdings kündigten belgische EU-Präsidentschaftsvertreter an, dass sie weiter an einem Kompromiss arbeiten werden. Das letzte Ratstreffen dieser Legislatur ist Ende Juni – danach folgt die Ratspräsidentschaft Ungarns, ein Mitgliedsstaat, welcher der Deregulierung bislang ablehnend gegenübersteht. av



Bei den Europawahlen geht es nicht nur um die Zukunft der Demokratie sondern auch um wichtige politische Weichenstellungen, wie zum Beispiel in der umstrittenen Frage der Regulierung neuer Gentechnik-Pflanzen. Deshalb hatte das Bündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft Niedersachsen, Bremen, Hamburg Anfang Mai einen Trecker in die hannoversche Fußgängerzone gefahren und Miriam Staudte, die niedersächsische Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wie auch Matthias Miersch, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag zu einem Open air Podium gebeten. Vertreter:innen des Bündnisses forderten den Erhalt der Biodiversität, der Möglichkeit zur gentechnikfreien Saatgutarbeit und das Recht auf eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung insgesamt zu sichern. Staudte betonte den Verbrauchervillen, der Gentechnik ablehne und zweifelte am Nutzen der Gentechnik in Sachen Klimawandelherausforderungen. Auch die „Heilsversprechen für die 3. Welt“ so Miersch, die durch die Gentechnikindustrie immer wieder gemacht wurden, hätten sich nicht einlösen lassen. Beide Politiker sprachen sich für eine Regulierung von Gentechnikverfahren und den Erhalt der Wahlfreiheit für Verbraucher:innen und Landwirtschaft aus. **cs**

## Kein Land in Sicht für NRW-Existenzgründer

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens zeigt in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrageder SPD Abgeordneten Julia Kahle-Hausmann keine Bereitschaft in den nächsten Jahren eine Existenzgründerprämie einzuführen. In anderen Bundesländern gibt es sie: Rheinland-Pfalz, Brandenburg oder Sachsen-Anhalt bieten über die zweite Säule der GAP eine Niederlassungsprämie bzw. Existenzgründerprämie an. Ein breites Bündnis von Agrar-Jugendverbänden fordert seit Jahren ähnliches für NRW. Im Antwortschreiben des NRW-Landwirtschaftsministeriums heißt es: „Der Beitrag der Landesregierung zum GAP-Strategieplan bis 2027 ist das Ergebnis eines intensiven Dialogs mit den an der Umsetzung beteiligten Stellen sowie den Landwirtschafts- und Umweltverbänden in NRW. In dessen Ergebnis enthält der Maßnahmenkatalog kein Förderprogramm zur Existenzgründung. Bei gleichbleibenden Förderungsrahmenbedingungen ist für die Förderperiode ab 2028 beabsichtigt, für die Ausgestaltung erneut einen Dialogprozess über den Maßnahmenkatalog und die Schwerpunktsetzung mit den betroffenen Verbänden zu führen.“ Einzige konkrete Aussage: Da können wir in drei Jahren nochmal drüber reden. **cet**

## EMB-Demo für Marktrahmen

Milchbauern und -bäuerinnen aus den 15 Mitgliedsländern des European Milk Board (EMB), in der auch AbL und BdM Mitglied sind, folgten dem Ruf zu einer großen Demonstration nach Brüssel Ende Mai. Unter dem Motto „Ein faires Einkommen für die Landwirte JETZT!“ trugen die Teilnehmer ihre Forderungen an die dort tagenden EU-Agrarminister, an die EU-Kommission und das Parlament sowie an landwirtschaftliche Verbände heran. Im Vorfeld der Europawahl forderten sie eine Reform der EU-Agrarpolitik vor allem im Hinblick auf eine Besserstellung der Bauern und Bäuerinnen am Markt. Elmar Hannen, Milchbauer vom Niederrhein: „Die Politik muss einen Rahmen für faire Einkommen in der Wertschöpfungskette installieren, so dass kostendeckende Preise an die Erzeuger endlich realisiert werden können.“ Auch als Voraussetzung für erfolgreiche Umwelt- und Klimamaßnahmen seien kostendeckende Preise essentiell notwendig. **cs**

# Planungssicherheit schaffen

Tierschutzgesetz muss Perspektiven und Finanzierung verknüpfen

Für das Tierschutzgesetz hat das Bundeslandwirtschaftsministerium im April einen erneut überarbeiteten Entwurf vorgelegt, der bereits am 24.05. im Kabinett beschlossen wurde. Der Bundesrat soll sich noch vor der Sommerpause mit dem Gesetz befassen, der Bundestag möglichst direkt danach. Eine Neuerung ist, dass die Umbaufrist für Betriebe mit ganzjähriger Anbindehaltung jetzt zehn Jahre betragen soll. Zuvor sollten fünf Jahre ausreichen. „Die neue Übergangsfrist von zehn Jahren ist ein für viele Betriebe praktikables Zeitfenster“, sagt Lucia Heigl, stellvertretende AbL-Bundesvorsitzende. „Der Umbau der Tierhaltung und auch der ganzjährigen Anbindehaltung muss vorangebracht werden. Das wollen wir Bäuerinnen und Bauern. Bei einem Weiter so wie bisher steht auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Tierhaltung auf dem Spiel und es drohen Gerichtsurteile, wie etwa beim Verbot vom Kastenstand für Sauenhaltung.“

## Übergang möglich

Positiv wertet die AbL auch, dass die Ausnahmeregelung nun nicht mehr auf den Betriebsinhaber, sondern auf den Betrieb bezogen ist: Auch für Hofnachfolger gilt nun die Zehn-Jahres-Frist anstelle der Verpflichtung zum sofortigen Umbau. Allerdings würden Betriebe im Unklaren gelassen, wie sie ihren Stall umbauen sollen. Seitens der Politik fehlt die angekündigte verbindliche Tierwohlkennzeichnung für etwa die Rinderhaltung. Auch bleiben die Betriebe auf den Umbaukosten sitzen, die sie nicht am Markt erwirtschaften können, und es fehlt ein Finanzierungskonzept mit langfristigen Verträgen. „Die im Entwurf angesetzten Baukosten von 9.000 Euro

pro Tier für den Laufstall und 300 Euro für den Laufhof sind entschieden zu niedrig, sie liegen gegenwärtig bei 16.000 Euro pro Tier und 600 Euro pro Tier für einen einfachen Laufhof“, sagt Lucia Heigl.

Die Kombinationshaltung soll unbefristet erlaubt bleiben, allerdings schließt die Definition weiterhin zu viele Betriebe aus. Anbindebetriebe müssen Zugang zu Weideland während der Weidezeit und mindestens zweimal in der Woche Zugang zu Freigelände bieten. Diese Kriterien entsprechen eins zu eins der EU-Ökoverordnung und den Richtlinien zahlreicher Bioverbände für Kleinbetriebe. Elisabeth Wai-zenegger, Milchbäuerin aus dem Allgäu und im AbL-Bundesvorstand, kommentiert: „Die Vorgaben sind die gleichen, aber Biobetriebe können mit höheren Erzeugerpreisen rechnen als die konventionellen Halter. Aufgrund der unterschiedlichen Erlössituation sollten Unterschiede bei den Standards erkennbar bleiben. Die AbL plädiert deshalb weiter dafür, dass für den Fortbestand möglichst vieler Höfe eines der beiden Kriterien „Weide oder Laufhof“ ausreichen soll, so wie dies auch in Österreich und der Schweiz der Fall ist. Bei der fünfstufigen Haltungsformkennzeichnung der Initiative Tierwohl (ITW) im Einzelhandel und beim Label QM+ können Anbindebetriebe maximal Stufe zwei erreichen, wenn sie Weidegang bzw. Laufhof oder Bewegungsbucht (mind. 120 Tage/Jahr à 2 Stunden) anbieten. Weitreichendere Leistungen wie Weide und Laufhof, wie im Gesetz vorgesehen, würden aber zu keiner Höherstufung führen.“

Andrea Eiter, Berit Thomsen,  
AbL-Fachgruppe Tierhaltung



Diese Art der Haltung ist ein Auslaufmodell

Foto: Bury/pixabay

### Betriebsspiegel:

Bioland Gemischtbetrieb mit solidarischer Landwirtschaft; 1,5 ha Freilandgemüse; 1.000 qm Folientunnel; 32 ha Grünland; 20 ha Ackerfläche (Kartoffeln, Hafer, Weizen, Rotweizen, Roggen, Dinkel, Leinsamen, Linsen, Leindotter, Buchweizen, Hirse); Getreidereinigung; 25 ha Wald; 12 Mutterkühe mit Nachzucht; 6 Schafe; Erdbeerselbsternte; 300 Apfelbäume; Hofladen

Ich bin Marlene Herzog, Bäuerin einer solidarischen Landwirtschaft in der Pfalz. Wir versorgen mit unserer Solawi etwa 300 bis 400 Menschen aus der Region. Für uns wird es aus verschiedenen Gründen immer schwieriger, vielfältig, klima-, umwelt- und tierfreundlich zu

wirtschaften. Unsere Landwirtschaft versorgt nicht nur viele Menschen mit frischem Gemüse und Fleisch. Unser Hof ist auch für viele Menschen ein Rückzugsort, wo sie ein wenig Ruhe zwischen Wald, Feld und Wiesen finden. Zudem bieten wir für mehrere Menschen einen vielfältigen Arbeitsplatz mit fairen Löhnen. Wir versuchen so zu wirtschaften, dass auch unsere Kinder und Kindeskindern noch in einer Landwirtschaft arbeiten und leben können, die umwelt- und klimafreundlich, tierwohlgerecht und fair ist. Und das wollen nicht nur wir, sondern alle Menschen, die unseren bäuerlichen Betrieb als Bereicherung für die Region

erkennen. All das steht jetzt auf dem Spiel, wenn die EU die Klimaschutzmaßnahmen aufweicht und Gesetzesvorhaben zum Schutz der Umwelt zurücknimmt. Daher fordere ich von der EU, dass sie dafür sorgt, dass Naturschutz-, Klimaschutz- und Tierwohlmaßnahmen in der Landwirtschaft gefördert werden. Diese jetzt aufzuweichen, ist der falsche Weg! Wir brauchen Artenvielfalt und eine gesunde Umwelt, um langfristig überleben zu können. Damit Bäuerinnen und Bauern weltweit gewinnbringende Erzeugerpreise erzielen können, müssen unfaire Handelspraktiken abgeschafft werden. Ich fordere von der EU, dass sie die In-

strumente der gemeinsamen Marktordnung schärft und besser nutzt, um den Markt besser regulieren zu können. Wir ernähren die Menschen! Wir dürfen kein Spielball des schwankenden Marktes sein! Das gefährdet kleinbäuerliche Betriebe auf der ganzen Welt! Wir brauchen außerdem keine Gentechnik und keine Patente! Im Gegenteil! Wir lehnen sie ab, denn wir wissen, wie wir umwelt- und klimafreundlich die Menschen ernähren können und das auch in trockenen Zeiten. Und zwar ohne eine gentechnische Veränderung, von der wir nicht wissen, welche Risiken sie birgt. Ich fordere von der EU außerdem, dass sie uns weiterhin darin unterstützt, dass wir die Tiere artgerecht halten können. Es darf nicht zu Wettbewerbsverzerrungen kommen. Daher müssen die Tierschutzstandards EU-weit einheitlich erhöht und Tierwohlleistungen honoriert werden. Das wollen nicht nur die Landwirte. Das will wohl auch die Mehrzahl der Verbraucher und Verbraucherinnen. Die EU muss außerdem bodenfördernde Maßnahmen honorieren und den Bauern und Bäuerinnen und vor allem der zukünftigen Generation den Zugang zu Land und Boden sichern. Legt uns keine Steine in den Weg! Ich fordere von der EU, dass sie unnötige bürokratische Hürden abbaut und uns auf dem Weg zu einer umwelt-, klima-, tier- und menschenfreundlichen Landwirtschaft unterstützt und fördert.

Marlene Herzog, 66497 Contwig

## Ich wähle Umweltschutz

Anfang des Jahres hatten wir hier viele Aktionen der Bauernproteste – auch zusammen mit dem Mittelstand. Vor allem wurden morgens Autobahnen blockiert. Ich war nicht dabei, weil ich morgens melken muss. Für die Ackerbauern passte die Zeit. Sonst gibt es in der Nähe kaum noch Betriebe mit Milchvieh; die haben in den letzten Jahren alle aufgehört.

Mitten in dem ganzen Trubel kam die Anfrage, ob Bundesumweltministerin Steffi Lemke zu einem Hofbesuch kommen könne. Oh, ich hatte Bedenken: Im Frühjahr waren verschiedene Veranstaltungen geplant, das braucht alles Vorlauf. Und das ganze Aufräumen. Und wenn alle Landwirte hier den geplanten Besuch mitkriegen, dann habe ich Party auf dem Hof. Wie soll ich damit umgehen? Wie läuft so ein Besuch überhaupt ab? Ich habe viel telefoniert und dann gesagt: Okay, wir machen das, die Ministerin kann kommen – aber ich möchte eine halbe Stunde exklusive Redezeit mit ihr. Sonst lohnt sich der ganze Aufwand für mich nicht. Und da haben sie zugestimmt. Dann war es erst mal ruhig. Die Polizei machte Fotos vom Hof. Ich habe mir Gedanken gemacht, was ich sagen wollte, Notizen gemacht, mit Leuten von der AbL telefoniert. Ein paar Tage vor dem geplanten Besuchstermin kam eine kurze Pressemitteilung vom Bundesumweltministerium raus. Weil gerade nicht so viel los war, wurde das überall abgedruckt. Zack, klingelte bei mir das Handy. Ein Landwirt aus der Gegend meldete sich, sie würden den Besuch der Ministerin gerne begleiten mit einer Mahnwache und Treckern ... Oha. Ich machte klar, dass ich das der Polizei mitteilen musste. Aber es ist unser gutes Recht, zu sagen, was wir wol-



## Redezeit mit Ministerin

len. Irgendwie fand ich das auch lieb, dass der sich meldete, dass die mich nicht reinreiten wollten. So telefonierte ich wieder hin und her, um hinzukriegen, dass die protestieren und ihre Forderungen überreichen können. Am Tag des Besuchs von Steffi Lemke, Mitte Februar, war ich MEGA aufgeregt und habe alles extra doll vorbereitet. Die ersten Landwirte waren super früh. Wenig später war der ganze Dorfplatz mit Treckern und Güllefässern richtig, richtig voll. Als die Ministerin kam, hat sie alle begrüßt und die Landwirte eingeladen, ihre Anliegen vorzutragen. Die haben das richtig gut gemacht. Danach haben wir den Hof angeguckt und ich habe erzählt, was ich mache. Da war eine ganze Delegation dabei. Anschließend habe ich aber wirklich mit Steffi Lemke allein zusammengegessen und verschiedenste Themen angesprochen, die mir wichtig

sind: Die BVVG-Flächen sollten endlich in Landeseigentum übergehen und da nach Punktesystem vergeben werden. Ackerland in Bauernhand muss heißen, gar keine Investoren Land kaufen zu lassen. Das war auch eine Forderung auf dem Dorfplatz, denn auch die großen LPG-Nachfolgebetriebe können preislich nicht mehr mithalten. Auch Pachtpreise zu bremsen, wäre schön. Die Junglandwirteförderung sollte nicht nur für fünf Jahre gelten. Ich selbst betreibe den Hof seit zehn Jahren – jetzt wäre ich so weit, größere Investitionen zu wagen. Finanzielle Förderung muss es nach Leistung und nicht nach Fläche geben. Auch über Frauen in der Landwirtschaft haben wir gesprochen. Überall in diesen Bereichen ist die Agrarpolitik gefordert – EU-weit. Die meisten Landwirte wollen weniger Auflagen und haben die Hoffnung, dann besser wirtschaften zu kön-

nen. Aber wir müssen doch Bauernhöfe als lebendiges System stärken und dafür den Rahmen gestalten. Es geht um mehr als um das pure Erledigen von Aufgaben, um am Ende zu ernten. Da müssen Menschen bereit sein, Tiere möglichst artgerecht zu halten, aber auch zu verwerten. Es geht darum, in Kreisläufen zu denken, Mitarbeiter zu finden und anständig bezahlen zu können. Dafür erwarte ich eine stimmige (EU-)Agrarpolitik.

Ve Anissa Spindler, 19376 Drenkow

### Betriebsspiegel:

30 Kühe, 30 Jungtiere hauptsächlich Rotbunte in Doppelnutzung; 107 ha Pachtland, davon 40 ha Acker; 15 Mastschweine, fünf Hühner, zwei Ziegen, ein Schaf; Hofkäserei für zehn Prozent der Milch; Hofladen und Café

# Den Mutigen gehört die Welt

Auch wenn die Politik gerade eher rückwärts als nach vorne weist, wird auch weiter mutig geackert

Jochen Hartmann sitzt rittlings auf einem Beetdamm auf seinem Acker und zieht seine Hand durch die Dammflanke. Obwohl Wind geht und die Sonne scheint, ist im Innern des Damms noch Feuchtigkeit. Oben spitzen zwei Reihen Sommergerste aus der Krone. Mit Begeisterung berichtet der Bauer aus dem niedersächsischen Rettmer vor den Toren Lüneburgs von den Vorteilen der Dämme: Sie erwärmen sich im kalten Frühjahr schneller, trockneten zwar gut ab, hielten im Innern aber das Wasser durch Kamineffekte, sorgten mit einer guten Krümelstruktur und mehr Durchlüftung für gute Durchwurzelungsbedingungen und damit Humusaufbau und mehr Ertrag für die Kulturpflanze. Das ist alles kein neues System und sind keine neuen Erkenntnisse, im Ackerbau aber immer noch exotisch. Und dann stehen bei den Hartmanns auch noch Pappelreihen auf dem Acker neben den Dämmen und mindern die Winderosion. Das ist noch exotischer und damit erntet Hartmann dann wirklich oft genug Kopfschütteln bei den Nachbarn. Denn Bäume und Dämme machen Arbeit, es stehen weniger Kulturpflanzen auf der gleichen Fläche. Dass die positiven Auswirkungen im Hinblick auf Klima-herausforderungen, Bodenschutz und Humusaufbau mindestens langfristig auch ein Beitrag zur Ertragssicherung sind, sehen Bauern wie Hartmann, aber eben nicht jeder. Gleichgesinnte sind mit ihm im Klimafarming-Projekt des Netzwerks Nachwachsende Rohstoffe und Bioökonomie e. V. in Niedersachsen organisiert. Sie treffen zum Feldtag in Rettmer auch auf die Landwirtschaftsministerin des Landes, Miriam Staudte (Grüne), die das Projekt mit finanziert. Auch Herrmann Cordes ist mit seinem Betrieb im Landkreis Roten-

burg im Projekt. Die betriebliche Vielfalt mit 110 Milchkühen und 520 Mastschweinen, einem Ackerbau mit intensivem Zwischenfruchtanbau und mindestens fünf Hauptfrüchten habe vor zehn Jahren bei Beratern nur Stirnrünzeln ausgelöst. „Es gab eine Phase, da musste alles billiger werden in der Landwirtschaft“, so Cordes. Zunächst sei auch mit immer mehr Düngung immer mehr geerntet worden, aber dann sei es in seiner Region mit der Ertragsentwicklung irgendwann rückwärtsgegangen. Er selbst setze schon länger auf die intensive Durchwurzelung, einen reduzierten Mineraldüngereinsatz, arbeite mit Bodenhilfsstoffen, um das Bodenleben zu aktivieren und Humus aufzubauen. „20 Prozent weniger Mineraldünger, wie sie jetzt im Zusammenhang mit der Düngeverordnung diskutiert werden, waren bei mir nie ein Drama“, sagt er.

Auch Burkhard Fromme ist mit seinem Betrieb im Projekt und preist die Vielfalt in der Fruchtfolge mit seinen zehn Gliedern, die Dauerbegrünung, den Bodenschutz und die Biodiversitätseffekte der geringeren Intensitäten. Gleichzeitig fehlen ihm wie auch den anderen mit ähnlichen Ansätzen die Verkaufsmöglichkeiten für Sonnenblumen, Buchweizen und Co. Da könne auch die Politik noch steuern, so die Auffassung der Praktiker. Er brauche deutlich weniger Pflanzenschutzmittel, so Fromme, aber er brauche Glyphosat, um es gezielt an Problemstellen einsetzen zu können.

## Rolle rückwärts?

Sieht so die Zukunft des Ackerbaus aus? Man konnte die Hoffnung haben in der Scheune von Hof Hartmann. Gleichzeitig wirkt die Realität nach den Bauernprotesten und den darauf fol-

genden Rücknahmen von Umweltauflagen in der europäischen Agrarpolitik momentan fast eher gegenläufig. Die Bauern machten schon alles richtig und das werde nun endlich auch von der Politik anerkannt, so äußerte sich Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied nach der Brüsseler Entscheidung. Zuvor war schon die Glyphosatzulassung verlängert und die umstrittene Pestizidreduktionsgesetzgebung (SUR) zurückgenommen worden. Diese Gleichzeitigkeit der Ereignisse habe vielleicht auch dazu geführt, so sagt es Horst-Henning Steinmann, Agrarwissenschaftler am Zentrum für Biodiversität und nachhaltige Landnutzung der Uni Göttingen, dass so etwas wie ein Aufatmen durch den Sektor gegangen sei, nach dem Motto: Endlich ist der Spuk vorüber. Und es sei auch möglich, dass in diesem Frühjahr vor dem Hintergrund der Agrardieseldebatte und dem Umstand, dass noch nicht klar gewesen sei, wie die Anwendungsverordnung beim Glyphosat angepasst werde, der eine oder andere Landwirt mehr mit der Spritze losgefahren sei und den teureren zusätzlichen Bodenbearbeitungsgang gespart habe. Gleichzeitig betont er die Diversität der Landwirtschaft und die Entwicklungen der letzten Jahre unter den strengerem agrarumweltpolitischen Vorzeichen: „Wer sich auf den Weg gemacht hat, wird auch weiter hacken und striegeln“, glaubt Steinmann, allein schon, weil zunehmend auch andere Wirkstoffe fehlten, „der Werkzeugkasten bei Herbiziden wird kleiner.“ Mit der Wiedezulassung von Glyphosat müsse man einen Dämpfer in Sachen Innovationsdruck „im Bereich Pfluglos ohne Glyphosat“ hinnehmen. Ansonsten werde man, so Steinmann, an der Entwicklung bei der jährlichen Verbrauchsmenge von bislang rund 4.000 Tonnen Glyphosat sehen, ob wieder mehr Betriebe auf die vereinfachte Arbeitsorganisation mit dem Mittel umstellten. Eine Steuerung durch Abgaben oder einen Genehmigungsvorbehalt, wie er kurzzeitig in einem Gesetzentwurf des Bundeslandwirtschaftsministeriums aufgetaucht war, hält er zwar für interessant, aber weder administrativ noch politisch umsetzbar. Besonders jetzt, nach der „verkorksten“ SUR. „Da ist durch die pauschale und umfangreiche Gebietsausweisung viel Porzellan zer-schlagen worden.“ Dabei habe es in der Vergangenheit, so der Göttinger Wis-



senschaftler, „schon weh getan, die engen Fruchtfolgen zu sehen, die zum Teil gefahren wurden“.

## Nicht Maschinen fördern

Seine Auffassung ist, dass man mit einer Regelung, wie die im Green Deal vorgesehene Fruchtfolgekonditionalität (GLÖZ 7) denjenigen mit den extremen Mais- und Weizenfolgen einen Schuss vor den Bug setzen könnte. „Grundsätzlich ist aber mein Eindruck, die schlimmste Phase in Sachen Fruchtfolgen ist vorbei.“ Gleichzeitig sagt Steinmann aber auch: „Wir müssen die Landwirtschaft insgesamt auf eine umweltfreundliche Spur bringen.“ Das ginge allerdings nicht durch investive Maschinenförderung, das sei bei der Bauernmilliarde einmal mehr deutlich geworden. Besser könnte Steinmann sich eine Ökoregelung zum Einsatz mechanischer Unkrautbekämpfung vorstellen, bei dem der Einsatz der Maschinen dokumentiert werden müsse. „Und irgendwann müssen dann die Innovationen auch ökonomisch alleine laufen“, so Steinmann.

## Mischkalkulation

Auf dem Hof Hartmann tragen gerade noch die Hühner die Innovationen auf dem Acker mit. Auch sie leben beschattet und geschützt unter Pappelreihen auf angesättem Grünland in Mobilställen publikumswirksam an der Durchgangsstraße. Die wissenschaftliche Begleitung der Universität in Hannover weist mehr CO<sub>2</sub>-Speicherung für das Grünland dort aus als für Wald. Die Direktvermarktung von Eiern und Hähnchen ist zentrales Standbein des Betriebs Hartmann. Beim Ministerinnentermin ist eins der Hühner ausgebüxt und begutachtet neugierig die Besuchergruppe. „Den Mutigen gehört die Welt“, kommentiert jemand schmunzelnd.



Jochen Hartmann in seinem Element

Foto: Schievelbein

# Präsenz und Einsatzfreude gefragt

Betroffenheit und Umgang mit Extremwetterverhältnissen im Ackerbau

**W**ir erleben aktuell die wärmsten Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen und damit zunehmende Hitze, Dürren, Starkregen, Überschwemmungen und Waldbrände. Welche Auswirkungen haben diese Klima- und Wetterverhältnisse auf den Ackerbau? Und wie stellen sich Bäuerinnen und Bauern auf diese Lage ein?

## Stimmen aus der Praxis

Fünf Bauern aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands – Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein – mit Betriebsgrößen zwischen sechs und 800 ha haben in Interviews von ihren Erfahrungen berichtet. Alle fünf sind seit mehreren Jahrzehnten im biologischen und konventionellen Ackerbau tätig und bauen unter anderem Getreide, Gemüse und Kartoffeln an. Ihre Berichte stimmen in vielem überein: Sie erleben nicht nur einzelne Extremwetterereignisse, sondern grundsätzlich veränderte Temperaturverhältnisse, längere trockene wie regnerische Perioden und sich in ihrer Gesamtheit verändernde Jahreszeiten. „Der Winter war kein Winter“, so sagt es einer der Befragten. Diese Temperaturlage wirkt sich auf die Pflanzen und die Möglichkeit, ackerbaulichen Tätigkeiten nachzugehen, aus. Die Zeiträume, um den Boden zu bearbeiten, zu düngen und zu ernten, verschieben sich und werden zum Teil kürzer. Wie zwei der Bauern es formulieren, sind „ein Höchstmaß an Flexibilität“ und „eine große Prä-

senz und Einsatzfreude“ gefragt. Die Möglichkeit, auf entspannte Weise auszusäen, erinnert sich ein anderer Bauer, gab es für ihn zuletzt 2018. In diesem Jahr kamen alle Befragten zu spät auf den Acker. Mit ihren ackerbaulichen Tätigkeiten lagen sie aufgrund des Wetters teilweise mehrere Wochen zurück. Zum Beispiel gab es für die Bauern in NRW nur einen Tag im März, an dem es für sie möglich war, Hafer auszusäen. Und der organische Dünger konnte erst im April, statt im März, ausgebracht werden. Das wiederum hatte zur Folge, dass wegen der schon recht hoch stehenden Pflanzen extreme Fahrgassen auf dem Feld entstanden, in denen nun nichts mehr wächst. Doch sind es nicht nur Trockenheit und Regen, die dem Ackerbau zu schaffen machen, sondern auch der Ostwind, der über das Land fegt und die Trockenheit verstärkt. Ein anderer Bauer berichtete von sich zusammenrollendem Roggen, der, um sich vor dem Wasserverlust zu schützen, weniger Blüten und Körner ausbildet. Das durch die Wettersituationen bedingte schnellere Pflanzenwachstum sorgt zudem für mehr Beikräuter, die mit den Kulturpflanzen um Nährstoffe, Wasser und Licht konkurrieren. So kann es, wie im letzten Jahr geschehen, auch in einem regnerischen Sommer zu Ertragsverlusten von teilweise mehreren Tonnen Getreide pro Hektar kommen. In den Jahren zuvor waren dagegen Verluste durch Trockenheit zu beklagen. Hier berichtet ein Bauer, dass er jahrzehntelang einen Er-

trag von rund 6,5 Tonnen Getreide pro Hektar hatte und seit 2018 nur noch einen von durchschnittlich fünf Tonnen – in einer Situation, in der die Getreidepreise seit den 80er Jahren stagnieren und ohnehin in keinerlei Verhältnis mehr zu den Produktionskosten stehen. Es wird gleichwohl in allen Gesprächen deutlich, dass die Pflanzen unterschiedlich auf die Wetterverhältnisse reagieren und Ertragsverluste nicht immer nur auf das Wetter zurückzuführen sind.

## Unterschiedliche Umgangsweisen

Grundsätzlich bringen bereits Betriebsgröße, -struktur und Anbauweise unterschiedliche Umgangsweisen mit den Herausforderungen durch sich ändernde Wettereinflüsse mit sich. Aus den Gesprächen geht hervor, dass die nötige Flexibilität mit einer Zunahme an Arbeitskräften und an Arbeitsteilung ermöglicht werden kann. Alle befragten Bauern benennen die zentrale Bedeutung der Bodenpflege für den Umgang mit den Wetterbedingungen und deren Auswirkungen auf den Ackerbau. So kann ein fruchtbarer, gesunder Boden besser Wasser aufnehmen und speichern, den extremeren Wetterverhältnissen eher trotzen und Pflanzenwachstum auch unter widrigeren Bedingungen ermöglichen. Zur entscheidenden nachhaltigen und langfristigen Bodenpflege gehören vielfältige Fruchtfolgen und der Anbau von Zwischenfrüchten. Daher hat ein konventionell arbeitender Bauer in den letzten Jahren von einer dreigliedrigen auf eine fünfgliedrige Fruchtfolge umgestellt. Ihm zufolge kann allein mit Dünger und Pflanzenschutzmitteln kein Ausgleich geschaffen werden. Andere Maßnahmen sind häufigeres Hacken, um die Kapillarität zu verbessern und eine höhere Feuchtigkeit im Boden zu gewährleisten. Bei den ökologisch wirtschaftenden Bauern werden die Äcker mehr gestriegelt, um dem höheren Beikrautdruck gerecht zu werden. Ein konventioneller Betrieb lieh sich eine Direktsaatmaschine, um eine bodenschonende Bewirtschaftung zu versuchen. Bewässerung, um Wasser zum richtigen Wachstumszeitpunkt gewährleisten zu können, spielt eine wachsende Rolle auf den Betrieben, inzwischen werden auch Tröpfenschläuche eingesetzt. Ein Bauer berichtet, dass er dem Boden nach den regelmäßigen Bodenuntersuchungen wichtige Spu-



Starke Fahrgassen durch späte Befahrbarkeit

renelemente wie Schwefel (zur Eiweißbildung in Leguminosen und Weizen), Bor und Molybdän (gegen Trockenheitsstress) hinzufügt. Ein anderer baut mittlerweile zum Teil Arten an, die eine stärkere Resilienz gegen die Hitze aufweisen, wie Sonnenblumen und Mais.

## Fazit

Auch wenn viele der Erfahrungen und Umgangsweisen individuell und den hier dargestellten noch viele hinzuzufügen sind, wird in den Aussagen der Bauern eine Betroffenheit deutlich, die unabhängig von Betriebsgröße, Anbauweise und -kulturen vorliegt. Dies schließt mögliche positive Auswirkungen der Temperaturen nicht aus. Für die Bauern, mit denen ich sprechen konnte, stehen diese jedoch in keinem Verhältnis zu den negativen Auswirkungen und teilweise existenziellen Ertragsverlusten. Es wurde auch deutlich, dass den Bauern nicht nur das Wetter, sondern auch die agrar- und marktpolitischen Bedingungen zu schaffen machen, welche die gesamte Situation verschärfen. Dazu gehören die von Abhängigkeiten geprägte, schwache Marktsituation mit den niedrigen Preisen und dem Konkurrenzdruck, die einseitig verteilten Subventionen, eine Vielzahl von praxisfernen Regelungen, fehlende Planungssicherheit und eine von Misstrauen geprägte Haltung in Politik und Verwaltung.

Rosa Braun, AbL-Klimareferentin

Weitere Berichte über Erfahrungen und Umgangsweisen bitte gerne an [braun@abl-ev.de](mailto:braun@abl-ev.de) oder Tel. +49 151 72372897



Der Regen kommt immer im falschen Moment

Fotos: Privat

# Angriff auf den Fruchtwechsel

CDU/CSU für weitere Verwässerung der GAP – AMK hält mit klarer Mehrheit dagegen

Die am 22. Mai durchgeführte Sonder-Agrarministerkonferenz (AMK) des Bundes und der Bundesländer hat sich, neben der Umsetzung der bereits auf EU-Ebene beschlossenen Verwässerungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), auch mit einer potenziellen Aufweichung der aktuell gültigen Vorgaben zum Fruchtwechsel (GLÖZ 7) auf nationaler Ebene beschäftigt. In einem Änderungsantrag erhoben die unionsgeführten Bundesländer die Forderung, Deutschland müsse von der seit Kurzem durch die EU neu geschaffene Möglichkeit Gebrauch machen, die bisherigen Vorgaben zum „jährlichen“ Fruchtwechsel durch eine Rückkehr zur Anbaudiversifizierung zu ersetzen. Ein entsprechendes Vorgehen käme einer Rückkehr zum sogenannten „Greening“ gleich, welches bereits dieselben Anforderungen enthielt. Wie dem vorläufigen Protokoll der AMK zu entnehmen ist, standen die Agrarminister der CDU/CSU-geführten Bundesländer mit dieser Forderung bei der AMK allerdings alleine da. Wie dem vorläufigen Protokoll zu entnehmen ist sprachen sich SPD, FDP, Linke und Grüne gemeinsam dafür aus, dass „von der Möglichkeit der Anbaudiversifizierung kein Gebrauch gemacht werden sollte“. Dem von Seiten der Konservativen vorangetriebenen Rollback in der Agrarpolitik wurde in diesem Punkt damit erstmals ein erkennbarer Riegel vorge-schoben.

## Zusätzliche Ökoregelungen

Bereits im Vorfeld der AMK gab Ottmar Ilchmann, AbL-Sprecher für Agrarpolitik und Landesvorsitzender

der AbL Niedersachsen, öffentlich zu bedenken: „Jeder Landwirt weiß, dass eine möglichst weite Fruchtfolge nicht nur die Grundlage für einen erfolgreichen Pflanzenbau darstellt, sondern in Zeiten zunehmender Wetterextreme auch ein wichtiges Instrument zur Risikoversicherung ist. Wer die bestehenden Vorgaben zum Fruchtwechsel in der GAP schleifen will, erweist der Landwirtschaft damit einen Bärendienst. Was wir Bauern nach den rückwärtsge-wandten Beschlüssen der europäischen Institutionen jetzt brauchen, sind mutige Agrarminister, die nicht weiter die Axt an die GAP ansetzen, sondern diese endlich zukunfts-fest machen. Wie das geht, hat die Zukunftskommission Landwirtschaft bereits 2021 beschrieben – Ausweitung und Stärkung der Öko-Regelungen.“ Unterstützung bekamen Ilchmann und die AbL im Vorfeld der AMK auch von der Verbände-Plattform. In einer gemeinsamen Stellungnahme forderten die Verbände aus Landwirtschaft, Umwelt-, Natur-, Klima-, Verbraucher- und Tierschutz sowie der Entwicklungszusammenarbeit einen Stopp der aktuellen Rückschritte in der GAP. Das Bündnis betonte, dass die Bäuerinnen und Bauern in Deutschland gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Verwässerungen auf EU-Ebene nun im nationalen GAP-Strategieplan in die Lage versetzt werden müssen, die nach wie vor gültigen Ziele des Umwelt-, Klima- und Tierschutzes zu erfüllen. Eine Ausweitung der freiwilligen Instrumente zur Honorierung des Umwelt-, Klima- und Tierschutzes sei daher unabdingbar. Konkret fordern die Verbände – neben ei-



Aussichten bei dieser Fruchtfolge: sonnig mit Sonnenblumen

Foto: Bohnhorst

ner Beibehaltung der Grundanforderungen zum Fruchtwechsel – zusätzliche Ökoregelungen für Grünlandbetriebe mit Milchvieh und Weidehaltung, zur Stärkung der Biodiversität im Ackerbau sowie für besonders ausgeglichene Nährstoffbilanzen. Für die Finanzierung dieser Förderangebote müsse das Budget der Ökoregelungen sowie der Agrar-, Umwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) kurzfristig um mindestens zehn Prozentpunkte erhöht werden, so die Verbände.

## Einfacher mit klaren Regeln

Bezüglich der allseits geforderten Vereinfachung der GAP stellte die Verbände-Plattform klar, dass die Ursache für viele bürokratische Lasten maßgeblich in der komplexen Umsetzung und den vielen Ausnahmemöglichkeiten einzelner Regelungen liegt. Deutlich

machte sie dies am Beispiel der auf der AMK im Fokus stehenden Vorgaben zum Fruchtwechsel. Denn obwohl in den Grundanforderungen zur Fruchtfolge auf EU-Ebene (GLÖZ 7) ursprünglich ein jährlicher Fruchtwechsel auf Ebene eines Schlags auf Ackerland vorgeschrieben war, hat die Europäische Kommission es im Zuge des Genehmigungsverfahrens in Deutschland zugelassen, dass diese Regelung nur auf Teilflächen eines Betriebs umgesetzt werden muss. Zudem kann der Fruchtwechsel, ebenfalls auf Teilflächen, auch durch den Anbau von Zwischenfrüchten erbracht werden. Gepaart mit weiteren Ausnahmen führte dieses Vorgehen von BMEL und Europäischer Kommission nicht nur zu einer Schwächung des Beitrages der GAP zu Vielfalt auf dem Acker, sondern trug auch dazu bei, dass die Umsetzung von GLÖZ 7 aktuell nur noch schwer nachvollzogen werden kann. Würde die ursprüngliche Vorgabe eines jährlichen Fruchtwechsels der Hauptkultur auf Ackerland von den politisch Verantwortlichen mutig und konsequent umgesetzt, würde dies nicht nur zu weiteren Fruchtfolgen, der Einhaltung pflanzenbaulicher Grundregeln und einer erhöhten ökologischen Wirksamkeit der GAP führen, sondern auch nennenswert zu deren Vereinfachung beitragen.

Phillip Brändle,  
AbL-Referent für Agrarpolitik

## Aktion #ZeigDeineFruchtfolge – mach mit!

Abwechslungsreiche Fruchtfolgen sind ein Win-Win für Natur und Landwirtschaft: Sie fördern Bodenfruchtbarkeit und Artenvielfalt, sie reduzieren Dünge- und Pflanzenschutzmittel und sie tragen zur ökonomischen Risikostreuung von landwirtschaftlichen Betrieben bei.

Trotzdem wollen die Landes-Agrarminister:innen von CDU/CSU bestehende Regelungen zum Fruchtwechsel aufweichen. Dabei brauchen wir weniger Mono und mehr Kultur! Etliche Landwirte machen längst vor, wie es richtig geht. Wir rufen deshalb auf: #ZeigDeineFruchtfolge

**Du bist ein:e Landwirt:in und willst mitmachen? So gehts:**

1. Mach ein Foto von einem deiner Äcker
2. Schreibe dazu, welche Kulturen dort vorher standen und welche du zukünftig anbauen wirst
3. Lade es auf einer gängigen Social-Media-Plattform unter #ZeigDeineFruchtfolge hoch
4. Erwähne uns auf @abl\_ev\_de (Instagram) und @abl.deutschland (Facebook) in deinem Beitrag, wir teilen ihn weiter

Du hast keinen eigenen Social Media-Kanal? Dann schick dein Bild, deine Beschreibung und ggf. den Namen deines Hofes per Whatsapp, Telegram oder Signal an die AbL (+49176 23522052) und wir posten deine Fruchtfolge. Hinweis: Mit der Zusendung deines Bildes stimmst du der Veröffentlichung auf unseren Social Media-Kanälen zu.

Stellungnahme der Verbände-Plattform: [kurzelinks.de/am9a](https://kurzelinks.de/am9a)

# 14 Höfe, drei Bäcker und eine Mühle

Getreide vermarkten als regionale Wertschöpfungskette mit Gemeinschaftsgefühl

Die Initiative ging vom Bäcker aus: Im baden-württembergischen Linzgau, einer Landschaft nördlich des Bodensees, wollte Bäckermeister Josef Baader seine konventionelle und seine Bio-Produktschiene mit Getreide aus der Region versorgen. Er machte sich mit Hilfe bestehender Kontakte und des Landwirtschaftsamts im Jahr 2007 auf die Suche nach landwirtschaftlichen Betrieben für eine Kooperation – und im Herbst 2008 konnte das erste Getreide für das „Partnerschaftsnetzwerk Linzgau-Korn“ geerntet werden. Von Anfang an dabei: der Hagenweilerhof von Familie Schmech aus Überlingen. „Wir haben schon seit den 90er Jahren Bio-Getreide an die Bäckerei Baader geliefert. Das war alsbald unser Hauptabsatzweg, nachdem wir 1986 auf biologische Landwirtschaft umgestellt hatten“, blickt Anneliese Schmech zurück, die heute als Seniorchefin auf dem Hof mit Rat und Tat tätig ist. „Wir vermarkten bis heute auch direkt über den Hofladen, aber mit hier mal 20 kg und da mal zehn kg gehen natürlich nicht die Mengen weg wie über eine Bäckerei.“

## Hohe Wertschätzung

Es fanden sich 14 landwirtschaftliche Betriebe zusammen – sieben konventionelle und sieben ökologische. „Das ist eine Gemeinschaft mit einer hohen Wertschätzung untereinander“, betont Hans Schmech, der heute den Hagenweilerhof in der nächsten Generation weiterführt. „Da können alle was voneinander lernen“, ist er überzeugt, „die konventionellen Betriebe erfahren, wie es ohne Spritzmittel geht, und auch die Bio-Betriebe profitieren vom Wissen und Können ihrer konventionellen Kollegen.“ Die Höfe befinden sich in einem Umkreis von 25 km um die Bäckerei. „Josef Baader hatte die Suche nach An-

baubetrieben vom unteren bis in den oberen Linzgau ausgedehnt. Durch den topografischen Unterschied von 200 bis 300 Metern und das dementsprechend andere Mikroklima ist die Ernte meist um ein bis zwei Wochen versetzt. Auch sind Hagelschläge lokal begrenzt“, erklärt Hans Schmech die vorausschauenden Gedanken, um das Risiko von Ertragsausfällen zu verkleinern. „So können wir sicherstellen, dass genug Getreide in guter Qualität da ist.“

## Anbauplanung

Auf einer Fläche von insgesamt 160 ha bauen die beteiligten Bäuerinnen und Bauern Weizen, Roggen, Dinkel, Hafer, Emmer, Sonnenblumen und Leinsaat an. Das Getreide wird in der Stelzenmühle in Bad Wurzach gemahlen, wo das meiste Getreide aus den Lagern auf den Höfen angeliefert wird. Neben der Bäckerei Baader sind in den letzten Jahren auch die Bäckerei Heger und die Konditorei Popp hinzugekommen. Insgesamt werden in einem Jahr rund 700 Tonnen Getreide verbacken. Etwa 16 Tonnen Dinkel und zehn Tonnen Roggen liefert der Hagenweilerhof jährlich in die Kooperation.

Aus dem Absatz der Bäckereien ergibt sich der Getreidebedarf. Bei der jährlichen Erntesitzung sprechen sich die 14 Höfe, die Mühle und die Verarbeiter ab, was angebaut werden soll. Die Landwirte passen ihre Anbaufläche an die benötigten Mengen an, je nachdem, was noch da ist und ob weniger oder mehr gebraucht wird. Anneliese Schmech erklärt, wie die einzelbetrieblichen Überlegungen einfließen: „Wir bauen beispielsweise keinen Weizen mehr an, wie noch vor Linzgau-Korn, können aber für die Direktvermarktung auf Weizen von Linzgau-Korn-Kollegen zurückgreifen. Jetzt haben wir



Sind stolz darauf, Partner bei Linzgau-Korn zu sein: Familie Schmech.

Foto: Schmech

vor allem Dinkel und Roggen. Weil wir das Stroh für die Kühe im Tiefstreuall brauchen.“

## Pflichten und Zusagen

In der Vorbereitungsphase für Linzgau-Korn hatte sich herauskristallisiert, dass für die regionale Getreidevermarktung auch weitere Kriterien zu Umweltschutz und Nachhaltigkeit gehören. So setzen die konventionellen Betriebe keine Wachstumsregler ein und seit sieben Jahren kein Glyphosat mehr. Alle Betriebe, auch die ökologischen, legen Blühstreifen an. Die Bäcker verpflichten sich im Gegenzug, 95 Prozent ihres benötigten Getreides über die regionale Kooperation abzunehmen – und verzichten damit bewusst auf die Verwendung von in der Branche weit verbreiteten vorgefertigten Teigmischungen und meist weit gereisten Teiglingen.

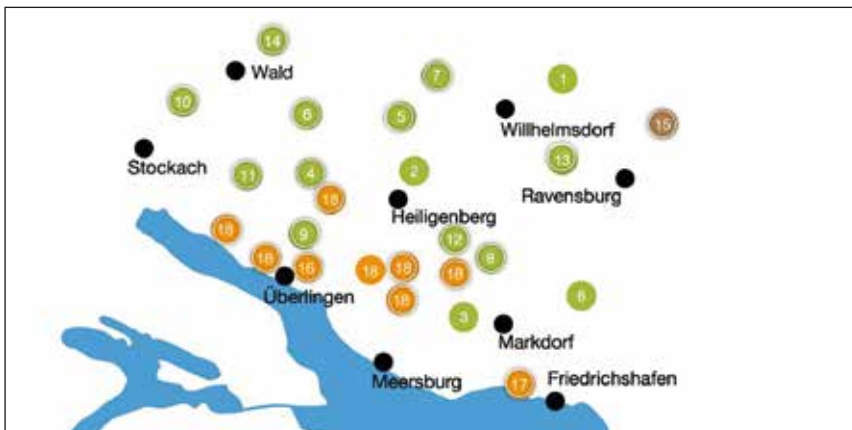
## Erwachsen werden

Die Organisation dieses Zusammenschlusses beschreibt Anneliese Schmech als „ohne Verträge, aber dennoch verbindlich – es läuft nur über Absprachen. Wenn alle mitspielen, klappt das.“ Bemerkenswert findet sie vor allem die Preisbildung für das Getreide: „Der normale Getreidemarkt spielt eine nachgeordnete Rolle. Jedes Jahr werden die Preise in der Erntesitzung zwischen Landwirten und Bäckern neu verhandelt und festgelegt. Wir haben dabei nie gesagt, es gibt pro Doppelzentner so und so viel mehr als den Marktpreis, sondern er orientiert sich an der Kostensituation der Landwirte und den Absatzmöglichkeiten der Bä-

cker. In Tiefpreiszeiten von elf Euro pro Dezitonne konnte fast das Doppelte erlost werden. Zu anderen Zeiten war der Unterschied halt geringer.“ Hans Schmech möchte noch weiter gehen: „Wir müssen dahin kommen, dass alle ihre Kosten über die gesamte Wertschöpfungskette vom Acker bis zur Theke offenlegen – und daraus die Preise entwickeln.“

Die erfolgreiche Kooperation bekommt hin und wieder Anfragen von interessierten Höfen, auch aus dem weiteren Umkreis. Aber: „Die Menge auszudehnen scheitert oft an dem Ausschluss von Teiglingen und der Abnahmeverpflichtung von 95 Prozent“, erklärt Hans Schmech. „Letzten Endes ist dies aber ein Prüfstein, welche Verarbeiter es mit der regionalen Vermarktungspartnerschaft ernst meinen.“ Ein vergleichbares Netzwerk ist 2019 in der Region Hegau, nordwestlich vom Bodensee, im Rahmen einer Bio-Musterregion entstanden: Acht Biobäuerinnen und -bauern sowie eine Mühle, die ihr Getreide und Mehle über eine Brauerei, eine Bäckerei, einen Nudelhersteller und Edeka-Filialen in der Region absetzen. Das Organisatorische ist gerade Thema bei der Gemeinschaft Linzgau-Korn. Hans Schmech schmunzelt: „Wir sind dabei, die Strukturen für unsere Zusammenarbeit und die Preisbildung neu zu klären. Die Kooperation besteht bald 18 Jahre – und beim Erwachsenwerden muss man die Strukturen und Regeln eben nochmal neu denken. Das ist ein Prozess. Wichtig ist – wie in den letzten 18 Jahren – dass am Ende alle mit erhobenem Haupt rausgehen.“

cet



Die Region Linzgau – Höfe grün, Mühle braun, Verarbeiter orange

Grafik: Linzgau-Korn

# Mais für die Unabhängigkeit

Für die Herausforderungen der Zukunft setzt Martin Gleichmann auf Ideen jenseits der Hybriden

Unabhängigkeit ist Martin Gleichmann wichtig. Das wird sofort deutlich, wenn der bayerische Bauer aus Aidhausenforsch berichtet. Davon, dass er schon 2018 erste Versuche mit Populationsmais angefangen hat und am Anfang immer wieder mit Rückschlägen und technischen Schwierigkeiten zu tun hatte. Aufgeben kam für ihn nicht in Frage. Kaum eine Kulturpflanze ist so mit der Hybridzüchtung verbunden wie der Mais. Vielleicht weil der Heterosiseffekt bei der Powerpflanze so besonders zum Tragen kommt oder weil die Züchtungsunternehmen sich von der Futterpflanze Nummer eins besonders viel Rendite versprochen, am Ende gibt es jedenfalls heute kaum noch nachbaufähige Mais-sorten auf dem Markt. Als 2015 in der neuen EU-Ökoverordnung die Idee des heterogenen Materials bzw. der Populationen eine rechtliche Grundlage mindestens auf Biobetrieben bekam, begannen sich Ökozüchter wie Peter Kunz in der Schweiz und Carl Vollenweider vom Dottenfelder Hof in Hessen sowie Barbara Eder von der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft damit beim Mais auseinander-

zusetzen – später auch in einem mit Bundesmitteln geförderten Projekt. Der Gedanke war, dass angesichts der vielfältiger werdenden Herausforderungen im Hinblick auf den Klimawandel eben nicht die Hochleistungshybriden mit wenig genetischer Variabilität Lösungen darstellen, sondern eher Populationen mit unterschiedlichem genetischem Potenzial, in dem für jede Problemstellung eine Antwort ruht. Um aus dem Versuchsanbau rauszukommen und rein in die Vermarktung und breitere Verbreitung in der landwirtschaftlichen Praxis, brauchte es Bauern wie Martin Gleichmann. Der sich auch nicht vom Projekt abbringen ließ, nachdem er im ersten Jahr durch den Mäh-drescher die Saatkraftigkeit seiner Maiskörner zerhackt hatte. Mit befreundeten Berufskollegen tüftelte er an Maschinen, die eine schonendere Ernte und damit auch eine bessere Keimfähigkeit des Mais erreichen konnten.

## Standortangepasste Mischungen

„Populationsorten sind anpassungsfähiger“, ist Gleichmann überzeugt und erklärt damit auch, warum er sich den ganzen Stress antut. Zwar würde im



Martin Gleichmann macht sein Ding

Fotos: Privat

## Wie weiter in der Pestizidfrage?

Nachdem die EU-Kommission wohl in einer Mischung aus Vorwahlkampfhektik und Strategiesuche im Hinblick auf die Frage, wie die demonstrierenden Bauern von der Straße zu kriegen seien, die nicht besonders gut gemachte Gesetzesvorlage zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (SUR = Sustainable Use Regulation) zurückgezogen hatte, bleibt, wie es hinsichtlich Pflanzenschutzmitteln weitergeht. Die ABL hatte im Hinblick auf die SUR vor allem die Einteilung in Schutz- und Schmutzgebiete kritisiert, die sich durch die Reduktionsziele ausschließlich in Schutzgebieten ergeben hätte; für alle anderen landwirtschaftlichen Verbände war die Einbeziehung von auch nur mit geringem Schutzstatus belegten Gebieten und der entsprechend großräumige Zuschnitt der Schutzgebiete der größte Aufreger. Nun ist also alles wieder auf Anfang gestellt und bis zur Arbeitsaufnahme einer neuen EU-Kommission nicht mit einem neuen Vorschlag zu rechnen. Deshalb hat sich das Bundeslandwirtschaftsministerium auf den Weg gemacht und den Verbänden ein „Zukunftsprogramm Pflanzenschutz“ vorgelegt. Bemerkenswert ist, dass im Titel nicht auftaucht, dass es um Reduktion gehen soll, Politik ist heutzutage offenbar sehr darauf bedacht, keine neuerliche Bauerndemolust zu entfachen. Die ABL steht, und so hat sie es auch dem BMEL zurückgemeldet, aber nach wie vor zu den Reduktionszielen des Green Deal „da die einseitige Erhöhung der Kosteneffizienz und die Ertragssteigerung in der Landwirtschaft durch externe Inputs wie chemische Pflanzenschutzmittel über ihre Grenzen betrieben wurden zum Schaden von Biodiversität und Wasserreinheit. Wir brauchen dringend eine agrarökologische Transformation des Ernährungssystems, bei der alle Bäuer:innen mitgenommen werden“, heißt in der Stellungnahme. Ein Umbau des GAP-Fördersystems mit Anreizpotentialen unter Berücksichtigung der höheren Anpassungskosten kleinerer Betriebe und kleinteiliger Agrarstrukturen sei nötig. „Die ABL fordert ein Gesamtkonzept für eine produktionsintegrierte Ökologisierung des gesamten Ackerbaus, wobei die Pestizidreduktionsstrategie ein wichtiger darin eingebetteter Teil sein muss. Eine Diversifizierung der Fruchtfolgen und Reduzierung des Düngenniveaus bewirken automatisch auch eine Pestizidreduktion.“ Es müsse Beratung und Dokumentation geben, die die Betriebe unbürokratisch unterstützt und lenkt. In einem offenen Brief kritisiert auch ein Bündnis aus Umweltverbänden das Zukunftsprogramm als zu schwach und fordert ein grundsätzliches Umdenken. „Wir halten es für angebracht, dass die Kommunikation des BMEL dem falschen Narrativ des „Pestizide ernähren die Welt“ und „Umweltschutzauflagen gefährden die Betriebe“ entschlossener entgegenwirkt“, heißt es in dem offenen Brief an Bundesminister Özdemir. cs

Schnitt immer nur von 80 Prozent des Ertrags von Hybriden gesprochen, aus seiner Sicht bezieht sich das aber nur auf die Spitzenwerte im konventionellen Anbau. In der Praxis seien die Erträge nahezu identisch. „Wer Populationsmais ausprobiert hat, bleibt dabei“, sagt er überzeugt. Auch konventionelle Bauern und Bäuerinnen kaufen Saatgut bei ihm, vor allem seit die Witterungsbedingungen immer unsteter werden. „Die Zeiten der großen Ertragszuwächse sind vorbei“, sagt Gleichmann. Jetzt gelte es vielmehr, durch Sortenmischungen das Risiko zu streuen. Noch wissen viel zu wenig Bauern und Bäuerinnen von dieser Möglichkeit, ist Gleichmann überzeugt. Dabei hält er die Idee der Unabhängigkeit, die sich Bauern und Bäuerinnen mit den Populationen wieder auf den Acker holen, für überzeugend. „Die Saatgutindustrie handelt nicht zum Wohle des Bauern, sondern zu ihrem eigenen“, ist Gleichmann überzeugt. Hybriden zwingen Betriebe in eine sich immer wiederholende Schleife des Saatgutkaufs. In Populationen können hingegen standortangepasste Mischungen für den Nachbau entwickelt werden. Und kostengünstiger ist das Ganze auch noch. Nur die Hälfte der üblichen Saatgutkosten fallen bei Populationen an, trotzdem ist die Saatguterzeugung

inzwischen ein wesentlicher ökonomischer Betriebszweig von Gleichmann. Auf seinem Biomilchviehbetrieb mit 130 ha Land (100 ha Acker) und 90 Kühen mit Nachzucht spielt Vielfalt auch in der Wertschöpfung eine große Rolle. Und auch hier: Unabhängigkeit. Martin Gleichmann stellt keine Anträge auf Agrarförderung mehr, weder innerhalb der GAP noch für die bayerische Ökoförderung. Endlich sei er raus aus dem Generalverdacht und der Bürokratie. „Es ist ein befreiendes Gefühl“, sagt der Bauer.

cs



Maissaatgutaufbereiter

# Kulturpflanzenvielfalt bleibt auf der Strecke

Europäischer Austausch steht unter dem Aspekt immer restriktiverer Züchterforderungen

**M**itte Mai trafen sich 14 Vertreter aus sieben europäischen Ländern zum jährlichen EMSA-Treffen (European mobile seed association) in Osina (Polen). Bei den Mitgliedern von EMSA handelt sich im Wesentlichen um Lohnunternehmer, die mit einer oder mehreren mobilen Saatgutreinigungsanlagen auf die Höfe fahren, Erntegut reinigen und auf Wunsch beizen. Manche Maschinen schaffen bis zu 20 Tonnen in der Stunde. In Großbritannien werden so circa 150.000 Tonnen aufbereitet, in Frankreich circa 630.000 Tonnen. In Frankreich werden ebenso viele Kartoffeln vor dem Pflanzen mit riesigen mobilen Aufbereitern geschnitten und gebeizt. Wir konnten feststellen, dass diese Maschinen eine hervorragende Arbeit machen. Die Betreiber der Anlagen sind Spezialisten und stecken viel Verantwortung und Know-how in die bestmögliche Arbeit und damit auch in den Erfolg. Dadurch ist der Verkauf von Z-Saatgut in Frankreich in den letzten Jahren um über 20 Prozent zurückgegangen. Die Qualität des Saatgutes und die Wirtschaftlichkeit der Betriebe hat sich verbessert. Die perfekte Aufbereitung trägt oftmals viel mehr zur Ernte bei als neu eingesetztes Saatgut, wie die Züchter es behaupten. Das zeigt, wie wichtig richtig aufbereitetes Erntegut zur Aussaat ist. Befasst wird sich auch mit alternativen Beizmitteln.

So eine Maschine kann bis zu 200.000 Euro kosten. Ein Aufbereiter in Polen verlangt 45 Euro pro Tonne für die Reinigung, in Frankreich kann das für Biogetreide auch schon mal bis zu 160 Euro pro Tonne kosten je nach Verunreinigung. Doch das Ergebnis muss für beide Seiten stimmig sein. Zu bedenken

ist, dass der Saatgutmarkt in Europa ohne die Aufbereiter nicht zu bedienen wäre. Die Ernährung wäre nicht gesichert.

## Situation in Europa

Die Züchterhäuser in der EU verkaufen viel Saatgut in die Ukraine und nach Russland. Hier werden keine Nachbaugebühren verlangt. Etliche Millionen Tonnen Erntegut landen von dort auf dem hiesigen Markt. Die polnischen Bauern haben sich über die ukrainischen Getreideimporte beschwert, welche ihnen und dem Markt den Gar aus machen. Anstatt in Afrika landet das meiste Getreide dort, wo das Kapital ist. Teilnehmer des EMSA-Treffens sagten uns, dass circa 80 Prozent der ukrainischen landwirtschaftlichen Flächen in westlichen Händen seien und diese harte Währung wollten. In Frankreich werden die Nachbaugebühren über eine zentrale Abgabe beim Verkauf von Konsumgetreide finanziert. Hierbei werden 1,05 Euro pro Tonne an die Züchter abgegeben, insgesamt ein Volumen von circa 18 Millionen Euro. Das Geld geht automatisch vom Händler an eine Inkassofirma ähnlich der Saatguttreuhand. Keine Fragen an den Landwirt, keine Auskunft. Bei Kartoffeln müssen die Anbauer sich dort selbst erklären.

In England wird das Geld von den mobilen Saatgutaufbereitern beim Reinigen und Beizen sofort mit berechnet. Dafür erhalten die Aufbereiter eine Entschädigung. Es gibt keine Fragen, keine Auskünfte von den Bauern. Aber die Aufbereiter und Bauern klagen über die immer höher werdenden Kosten. In Polen bezahlen die Bauern keine Nachbaugebühr, Z-Saatgut wird nur auf

rund 13 Prozent der Fläche genutzt. Den meisten Bauern ist Z-Saatgut zu teuer. Sie glauben an ihr selbst erzeugtes Erntegut und haben festgestellt, dass bei einer guten Reinigung die Qualität besser ist. Es wird viel Getreide unter den Bauern getauscht, somit gibt es eine große erhaltenswerte Kulturpflanzenvielfalt. In Luxemburg und Österreich gibt es ebenso keine Nachbaugebühren. In Dänemark werden Nachbaugebühren auch über die mobilen Saatgutreinigungsfirmen verlangt. Die Bauern beschwerten sich über den bürokratischen Aufwand und die hohen Kosten. Wir erzählen auf dem EMSA-Treffen von den neuen Hürden beim Verkauf von Erntegut an den Landhandel nach dem aktuellen Urteil des Bundesgerichtshofs. Alle Teilnehmer waren entsetzt über die Vorgehensweise der STV und des Handels. Sie haben Angst, dass das jetzige Vorgehen der STV und der aufnehmenden Hand eine Steilvorlage für die Züchter sein könnte, das Gesetz EU-weit so umzuändern, dass kein Getreide von freien Sorten und Kleinbauern vom Handel mehr aufgenommen wird. Das neue Urteil gilt ebenso für Gemüse, Obstpflanzen und in Zukunft vielleicht auch für Tiere.

## Saatgut ist ein Markt

Die Züchter könnten uns Bauern mit günstigem Z2-Saatgut ein Angebot machen. Ein Weizenkorn hat 108.000 Gene – Gene, die seit circa 15.000 Jahren durch Selektieren, Anbauen und Naturereignisse von unseren Vorfahren durch viel Mühe und Arbeit in das Korn eingebunden wurden. Wenn ein Züchter ein Gen oder auch 100 Gene verändert, dann kann das nicht sein geistiges Eigentum sein. Wenn ein Bauer eine Sorte drei oder fünfzehn Mal nachbaut, dann ist die Sorte nicht mehr dieselbe. Wir haben jährlich zwischen 700 und 1.000 Mutationen auf einem Hektar Fläche. Somit hat der Bauer etwas Neues gezüchtet, was dann sein geistiges Eigentum sein könnte.

Im europäischen Vergleich sind die eingenommenen Nachbaugebühren plus Lizenzgebühren in Deutschland mit durchschnittlich 77 Euro pro Tonne Saatgut am höchsten. Zum Vergleich: In Frankreich sind es lediglich 58 Euro pro Tonne. Deutschland braucht circa 650.000 Tonnen Saatgut, bestehend aus 370.000 Tonnen Nachbau und



280.000 Tonnen Z-Saatgut. Frankreich braucht circa 1.000.000 Tonnen Saatgut, bestehend aus 630.000 Tonnen Nachbau und 370.000 Tonnen Z-Saatgut. In Deutschland werden 15 Millionen Euro Nachbaugebühren erhoben und 35 Millionen Euro Lizenzgebühren. In Frankreich sind es 18 Millionen Euro Nachbaugebühren und 40 Millionen Euro Lizenzgebühren. Man muss sich schon fragen, was die Züchter, die aufnehmende Hand und der Bauernverband den Bauern vorwerfen und warum sie sie nicht verteidigen gegen das unverantwortliche Vorgehen der STV.

## Allgemein- und Kulturgüter

Wenn das BGH-Urteil vom November 2023 so umgesetzt wird, wie es von den Züchtern ausgelegt wird, verlieren wir unsere Vielfalt auf dem Acker – das Erbe unserer Vorfahren nicht nur hier, sondern weltweit. Die Züchtungsunternehmen glauben, sie seien die Macher der zukünftigen Ernten. Dabei beruht ihr Erfolg auf der Arbeit unserer Vorfahren. Die weltweit 830 Millionen Bauern haben die Feldfrüchte gehegt und gepflegt, die Natur beobachtet und mit ihr gearbeitet. Wir werden Vielfalt brauchen, um die Probleme der Zukunft zu bewältigen. Mit der Genschere und patentiertem Saatgut wird der Hunger der Welt nach guten Lebensmitteln nicht gestillt werden können. Die Erfahrung der Bauern und Landarbeiter und ihre Aufmerksamkeit und Arbeit stecken im täglichen Brot der Menschen. Dem sollte man mehr zutrauen als einem Chemielabor. Freier Nachbau von unserem Erntegut ist wichtig. Von alters her waren Bauern und Züchter Partner, die zum Wohle der Bevölkerung gearbeitet haben. Die jetzigen Züchterrechte verletzen Allgemeingut, weil sich mit ihnen börsenorientierte Unternehmen die jahrtausendealten Kulturgüter aneignen wollen.

Gyso von Bonin und Gerhard Portz,  
Sprecher der IG Nachbau

## Partnerschaftlichen Umgang einfordern!

Das Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) zur Erkundigungspflicht des Landhandels bei der Annahme der Getreideernte hinsichtlich einer sortenschutzrechtlichen Unbedenklichkeit schlägt hohe Wellen. Es rumort nicht nur unter Bauern und Bäuerinnen, sondern auch unter den Landhändlern, genossenschaftlich wie privatwirtschaftlich. Ihre Dachverbandsorganisationen haben Mustererklärungen vorgelegt, in denen von den Bauern und Bäuerinnen nicht nur verlangt wird, dass sie mit ihrer Unterschrift bestätigen sollen, dass sie keine sortenschutzrechtlichen Verletzungen begangen haben, sondern ihnen auch unter anderem gleich mit Vertragsstrafen gedroht wird. Das ist allerdings in der Händlerszene wie auch unter ihren eigenen Juristen höchst umstritten. Jens Beismann, Anwalt der IG Nachbau, vertritt die Einschätzung, dass das BGH-Urteil solche drakonischen Maßnahmen und insgesamt alles jenseits der dort benannten, aber nicht näher erläuterten Erkundigungspflicht überhaupt nicht hergibt. Deshalb rät die IG Nachbau dazu, diese weitreichenden, derzeit sich an den Dachverbandsempfehlungen orientierenden Händlererklärungen nicht zu unterschreiben und mit den Händlern vor Ort ins Gespräch zu kommen. Bauern und Bäuerinnen sind immer noch Kunden und sollten einen partnerschaftlichen Umgang jenseits von Strafandrohungen und Abnahmeverweigerung einfordern! cs

# Alternativen zum Diesel

Erneuerbare Kraftstoffe für die Landwirtschaft

## Leberschäden durch 2,4-D

Das Herbizid 2,4-D, das in den USA in Land-, Forst- und Fischwirtschaft sowie auf Rasenflächen in Parks, Gärten und auf Sportflächen angewandt wird, führt zu signifikanten Veränderungen in der Struktur und Funktionsweise der menschlichen Leber. Das ergab eine kürzlich veröffentlichte Metastudie. Bei Erkrankungen des Verdauungstrakts sind chronische Lebererkrankungen inzwischen die zweithäufigste Todesursache. Die Wissenschaftler weisen darauf hin, dass Stoffwechselerkrankungen der Leber zunehmend häufig bei jungen Menschen auftreten. Das IARC (International Agency for Research on Cancer) stuft 2,4-D als „möglicherweise krebserregend“ ein. In einer Reihe von Studien wurden negative Auswirkungen auf Nervensystem und Hormonhaushalt festgestellt. Die US-Umweltbehörde EPA stellte fest, dass Babys in ländlichen Gemeinden, in deren Umgebung große Mengen 2,4-D eingesetzt werden, überdurchschnittlich häufig mit Missbildungen geboren werden, Atem- und Kreislaufprobleme haben und in ihrer Entwicklung gestört sind. ml

Zum Jahreswechsel demonstrierten die Landwirt:innen gegen die Streichung der Agrardieselbeihilfe. Ein Argument der Bundesregierung für deren Abschaffung war, sie sei eine klimaschädliche Subvention. Auf der vom Bioverband Naturland organisierten Veranstaltung „Alternativen zum Diesel“ kamen letzten Monat in Hessen Wissenschaftler, Traktorhersteller und Praktiker zusammen, um sich über den aktuellen Entwicklungsstand auszutauschen.

### Alternativen stehen bereit

Einen Überblick gab Rita Haas vom Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe in Straubing (TFZ). Das TFZ befasst sich seit vielen Jahren mit der Bewertung von Energieträgern und Antriebssystemen für Fahrzeuge und mobile Maschinen. Es unterstützt staatliche Betriebe in Bayern bei der Umstellung auf klimafreundliche Antriebe.

Die Landwirtschaft in Deutschland, so Haas, habe derzeit einen jährlichen Kraftstoffbedarf von ca. zwei Mrd. Liter. Das entspreche etwa fünf Prozent des gesamten in Deutschland benötigten Dieselskraftstoffs. Mit Blick auf die auch für die Landwirtschaft geltenden Treibhausgas(THG)-Reduktionsziele entspricht dies ca. 5,1 Mio. Tonnen THG-Emissionen. Unterstellt man eine autonome Versorgung mit Pflanzenöl allein von landwirtschaftlichen Flächen, bräuchte man ca. 1,2 Mio. Hektar Rapsanbaufläche und damit zehn Prozent der gesamten Ackerfläche. Außer Pflanzenöl fielen zwei Drittel der Rapsernte als eiweißreicher Presskuchen z. B. für die Tierfütterung an.

Als weitere Energieträger neben Pflanzenöl kommen Biodiesel, Biomethan und HVO-Diesel in Betracht. Genannt werden sollen hier auch alternative Antriebssysteme wie Brennstoffzellen (Wasserstoff) oder der Einsatz von Elektromotoren.

### Kraftstoffmix 2030 bis 2045

Das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) hat 2023 eine Veröffentlichung zur „Verwendung erneuerbarer Antriebsenergien in landwirtschaftlichen Maschinen“ herausgegeben. Darin werden für die Zeit zwischen 2030 und 2045 unterschiedliche Antriebsoptionen, immer ohne fossilen Diesel, prognostiziert. Das Szenario unterteilt hierfür in drei Bereiche: Im hofnahen Bereich und bei leichten Arbeiten (unter 80 kW) würden demnach 2030 sowohl Strom als auch Pflanzenöl, Biodiesel und



Gasschlepper gibt es von New Holland schon alltagstauglich

Foto: Trieschmann/Naturland

HVO-Diesel zur Verfügung stehen. Gegen Ende des Zeitfensters, 2045, werde dann aber in diesem Arbeitssegment vor allem der elektrische Antrieb die „bevorzugte Option“ sein.

Unter mittelschweren Arbeiten im Leistungssegment 40 bis 200 kW werden Pflege, Düngung, Graswerbung und leichte Bodenbearbeitung zusammengefasst. Verfügbar und umsetzbar sei hier im Jahr 2030 neben Biodiesel nur HVO-Diesel. Sowohl Pflanzenölkraftstoff als auch Strom seien nur unter optimistischen Annahmen von Bedeutung. Alle vier Energieträger seien aber zum Ende der Periode umsetzbar und verfügbar, Pflanzenöl und Biodiesel sogar die „bevorzugte Option“. Das dritte Segment, über 150 kW, umfasst die schweren Arbeiten (schwere Bodenbearbeitung, Mähdrusch und Häckseln). In diesem Bereich werden elektrische Antriebe keine Rolle spielen, so die KTBL-Autoren. Biodiesel und HVO-Diesel seien die von Beginn an verfügbaren und geeigneten Alternativen zum fossilen Diesel. Gegen Ende des Betrachtungszeitraums würden dann Biodiesel und Pflanzenöl die „bevorzugte Option“ sein.

### Mit Gas auf den Acker

Als internationales Unternehmen setzt New Holland mit seinem Methangasschlepper auch auf Biogas, so Klaus Senghaas, der dort Manager Alternative Fuels ist. Biogas sei zum Beispiel im Zentrum Südamerikas, weit entfernt von der Küste, deutlich leichter verfügbar als etwa Diesel. Entscheidend sei der technische Fortschritt bei der Aufbereitung von Biogas, für die es inzwischen Containerlösungen

gebe. Vorteile bringe Methan als Kraftstoff insbesondere aufgrund viel geringerer Abgaswerte. Die Herausforderung, so Senghaas, bestehe im Bereich des Tanks. Während Dieseltanks aus Kunststoff in nahezu jede Form gepresst und so optimal an freie Räume angepasst werden könnten, seien für Methan Gasflaschen aus Stahl notwendig. Im Vergleich zum 395 Liter fassenden Diesel beim Modell T7 kommt die Methanversion mit einem zusätzlichen Fronttank auf ein Äquivalent von 291 Liter Diesel. Die Fahrzeit liegt in Abhängigkeit von der Leistung zwischen 15 Stunden bei leichten Arbeiten und sechs Stunden bei schweren Arbeiten.

### Ganz konkret

Um die Jahrtausendwende gab es nicht wenige Betriebe, die ihre Traktoren für den Einsatz von Pflanzenölen umrüsteten. Die gestiegenen Dieselpreise ließen den Einsatz von Pflanzenöl wirtschaftlich werden. Daneben war der Kraftstoff klimaneutral und konnte von den Betrieben selbst erzeugt werden. Mit der Einführung des Biokraftstoffquotengesetzes Anfang 2007 wurden dann auch die Pflanzenöle besteuert und der wirtschaftliche Vorteil ging verloren. Für viele Betriebe läge in einer autarken Energieversorgung ihrer Arbeitsmaschinen ein großer Anreiz. Werden die Ölpflanzen im Gemenge angebaut, besteht keine Nahrungskonkurrenz. Wichtig wäre die steuerliche Entlastung von Pflanzenölen als guter erster Schritt.

Marcus Nürnberger,  
Beratung für Naturland

# Für das Leben, für das Land

Bericht vom Kongress zu Bauernkriegen und 500 Jahren Widerstand



Schwungvoller Auftakt in der Auseinandersetzung mit den Bauernkriegen

Foto: jAbL

**M**it dem alten Lied vom armen Kunrad, das auf eine Zeit um 1515 zurückzuführen ist und vom Aufstand des Volks berichtet, wurde der Kongress „500 Jahre Widerstand. Für das Leben – für das Land“ Anfang Mai im Thüringer Wald eröffnet. Der Kongress mit 130 Teilnehmern nahm die geschichtlichen Ereignisse der Bauernaufstände um 1525 zum Anlass, die Frage zu stellen: Was machen wir mit dem Wissen über diese grundlegende Umwälzung heute? Können wir so besser den Ursprung unserer Probleme verstehen? Veranstaltet wurde das Ganze von der Initiative Demokratischer Konföderalismus. Vertreten waren unter anderem das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft, Interbrigadas, die junge AbL und die Confédération Paysanne aus Frankreich.

## Zurück zum Kunrad:

Der im Lied genannte arme Kunrad war damals in der Umgangssprache das gemeine Volk. Um 1514 beehrte unter diesem Namen ein Bündnis von Bürgern und Bauern in Herzogtum Württemberg gegen Adel und Kirche auf und stritt gegen die

hohe Steuerlast und für ein selbstbestimmtes Leben. Dieser Aufstand für das alte Recht, für Selbstverwaltung und gegen die Privatisierung der Allmende endete tragisch. Er bereitete aber den Weg für den kommenden Beginn der Bauernkriege, die 1525 ihren Höhepunkt fanden und als Erhebung des gemeinen Volkes gegen die Obrigkeit in Thüringen, Sachsen, im süddeutschen Raum und in der Schweiz in die Geschichte eingingen. Die zwölf Artikel von Memmingen, die als eine der ersten Formen der niedergeschriebenen Menschenrechte gelten, wurden in dieser Zeit verfasst. Auch dieser Aufstand wurde blutig niedergeschlagen. Im Ankündigungstext des jetzigen Kongresses heißt es: „Dieser Aufstand [...] und seine Niederschlagung markieren den Beginn einer ganzen Reihe von Umwälzungen, die sich schon bald über Europa hinaus ausdehnten und das Leben der Menschen von Grund auf verändern sollten: Die Niederschlagung dieses Aufstandes kann als Wendepunkt in der Durchsetzung des aufstrebenden Kapitalismus betrachtet werden.“

## Viele kleine Steine

Während des Wochenendes versuchten die Teilnehmer:innen aus verschiedenen Beiträgen, Vorträgen und Diskussionen ein Mosaik zu formen, um zu erahnen, was die Abschaffung der Allmende, die Durchsetzung des römischen Rechts und die damit einhergehende Hexenverfolgung mit unserer Gegenwart zu tun haben. Ein wichtiger Mosaikstein war der Vortrag der Soziologin Christa Müller, die ihre Forschungsarbeit „Von der lokalen Ökonomie zum globalisierten Dorf“ vorstellte.

Darin zeichnet sie den Weg der westfälischen Gemeinde Borgentreich Mitte der neunziger Jahre nach. Dieser Weg führte von einer solidarischen, regionalen Ökonomie, die auf einem Netz der gegenseitigen Abhängigkeit beruhte, hin zu einer anonymisierten Ökonomie, in der die Menschen einander nicht mehr brauchen, in den Weltmarkt integriert sind und „ihre ökonomischen Freiräume [...] bereitwillig gegen die Versprechung auf ein leichteres Leben“ eingetauscht haben.

Ganz konkrete Bezüge zur Gegenwart versuchten wir als junge AbL mit einem Vortrag und anschließender Diskussion zu Bodenpolitik anzubieten. Wir stellten die Gemeinwohlverpachtungskampagne, das Ringen um Agrarstrukturgesetze und die Versuche der Flächensicherung als eine existierende politische Praxis vor. Und auch wenn dieses Mosaik, das wir legten, ein schönes Bild ergab, wurde uns dabei klar: Es gibt keinen einfachen Weg, der uns aus der Misere des neoliberalen Kapitalismus wieder herausführt, keinen Bauernhaufen, der uns durch die 500 Jahre zuraunt, an welchem Pfosten wir sägen müssen. Wir müssen unsere eigenen Antworten finden.

Dafür ist es wichtig, erste Schritte zu gehen. Auch innerhalb der AbL wird überlegt, wie diese aussehen können, und so wird gerade unter anderem an der Neuformulierung der zwölf Artikel von Memmingen für unsere heutige Zeit gearbeitet. Wer mehr wissen möchte oder Lust hat, zu den Bauernkriegen zu arbeiten, kann sich bei Andrea Eiter unter [andrea.eiter@abl-ev.de](mailto:andrea.eiter@abl-ev.de) melden.

Paul Claßen, junge AbL

## Kühlhäuser für Bienen?

Arbeiterbienen fliegen bei Temperaturen über 10°C und leben in der Sommer-Sammelsaison etwa sechs Wochen. Im Winterhalbjahr bilden sie ein Cluster und überwintern meist bis zum Frühjahr. Eine Analyse von US-Wissenschaftlern an der Washington State University ergab, dass Bienen bei wärmerem Klima im Herbst und Winter an deutlich mehr Tagen fliegen. Das verkürzt ihre Lebenszeit und führt zu einer oft drastischen Verkleinerung der Wintercluster, weil mehr Arbeiterinnen sterben und im Winter nicht durch neue Brut ersetzt werden. Ein Bienenvolk besteht in der Saison aus 20.000 bis 80.000 Bienen. Sinkt die Zahl unter 9.000 Bienen, ist die Kolonie gefährdet. Weniger als 5.000 Bienen haben wenig Chancen zu überleben. Kommerzielle Imker in den USA überwintern ihre Völker bereits jetzt in Kühlhäusern mit konstanten Temperaturen. Die klimatischen Bedingungen im Pazifischen Nordwesten der USA sind grob mit denen Zentraleuropas vergleichbar. Die Modellrechnungen der Wissenschaftler zeigen, dass ab 2050 Bienenvölker, die nicht in Kühlhäusern überwintert werden, wegen der zu hohen Temperaturen kaum Überlebenschancen haben. ml

„Ich bin der arme Kunrad,  
hab Pech auf meiner Pfann.  
Jetzt geht's mit Spieß und Morgenstern  
gen Pfaff und Edelmann!

Vom Harten Matt vom Hungerrain  
ich will nicht länger sein ein Knecht,  
leibeigen fröhnend ohne Recht.  
Ich bin der arme Kunrad.

Ein gleich Gesetz das woll'n wir han.  
vom Fürsten bis zum Bettelmann.

# Patente behindern Innovationen

Ein niederländisches Saatgutunternehmen ist von KWS-Patent betroffen

2002 hat die Züchterin Grietje Raaphorst-Travaille zusammen mit ihrem Mann die niederländische Saatgutfirma Nordic Maize breeding (NMB) gegründet. Sie haben einen kältetoleranten Bio-Mais entwickelt, jetzt sehen sie sich durch ein KWS-Patent bedroht.

## Warum züchten Sie bei Nordic Maize breeding frühen Mais?

Grietje Raaphorst-Travaille: Als wir unsere Saatgutfirma im Norden der Niederlande gründeten, stellten wir fest, dass Mais dort im November und Dezember geerntet wurde. Das ist für den Boden katastrophal, da er zu dieser Zeit viel zu nass für die Ernte ist. Deshalb war das Hauptziel unseres regionalen Züchtungsprogramms, Maissorten zu entwickeln, die frühzeitig geerntet werden können. Zu diesem Zweck sammelten wir genetische Ressourcen von verschiedenen Standorten und gingen Kooperationen mit anderen Züchtern ein. Das Saatgut stammt auch von Saatgutbanken und -börsen. Durch die Beschleunigung unserer Selektionen konnten wir 2008 in nur sechs bis sieben Jahren unsere erste kältetolerante Maissorte für den ökologischen Landbau züchten. Wir brauchen keine gentechnischen Veränderungen. Wir brauchen einfach mehr gute Züchter, die bestimmte Eigenschaften schnell entwickeln.

## Wie haben Sie von den KWS-Patenten erfahren?

No Patents on Seeds, eine europäische Koalition, die sich gegen Patente auf Saatgut wehrt, haben die Patente bei ihren Recherchen gefunden. Sie kontaktierten mich im Oktober 2022 und be-

richteten, dass das deutsche Unternehmen KWS unter anderem ein Patent auf einen genetischen Locus bei Mais hält, der laut KWS für die Kältetoleranz verantwortlich ist. KWS behauptet, an ihren Inzuchtlinien gearbeitet zu haben, von denen 86 Prozent dieses „Kältetoleranz-Gen“ enthalten sollen.

## Gibt es solche „Kältetoleranz-Gene“ überhaupt?

Nein, die Winterhärte ist nicht auf die Ausprägung eines einzelnen Gens zurückzuführen. Es ist viel komplexer: Es ist die Kombination von mehreren Elementen, die einen Mais kältetolerant machen. Ich finde es sehr merkwürdig, dass ein einzelnes Merkmal einer Maispflanze patentiert werden kann.

## Was werden Sie tun, wenn KWS-Maßnahmen ergreift?

Mein Ziel ist es natürlich, den Mais auf dem Markt zu lassen. Ich weiß nicht, was wir tun werden, wenn wir einen Brief von KWS bekommen. Wir wissen nicht, ob wir vor Gericht gehen werden.

## Hatten Sie schon mal ein Problem mit Patenten?

Nein, bisher hatten wir noch keine Patentprobleme. Aber mit der vorgeschlagenen Deregulierung der neuen Gentechniken wird es noch viel mehr Patente geben. Hinzu kommt, dass wir in Zukunft unser Saatgut nicht darauf testen können, ob es frei von neuen Gentechniken (NGT) ist. Bisher testen wir Saatgut, um festzustellen, ob es alte Gentechnik enthält. Das ist eine Anforderung des Biosektors, zumindest in Deutschland. Die Analysen müssen mit



Züchterin Raaphorst-Travaille sieht ihre Arbeit durch Patente eingeschränkt

Foto: privat

dem Saatgut verschickt werden. Bei den neuen Gentechniken soll ein Testen laut Gesetzesvorschlag der EU-Kommission nicht mehr möglich sein, weil die Inverkehrbringer nicht mehr verpflichtet werden sollen, Nachweisverfahren für ihre NGT-Pflanzen zu entwickeln. Wir werden also ein doppeltes Problem haben: Wir werden nicht mehr wissen, ob das Saatgut frei von neuen Gentechniken ist und auch nicht, ob es frei von Patentrechten ist. Das bedeutet für die Züchter und Landwirte ein enormes Risiko.

## Sie meinen, dass Sie Opfer von Kontamination werden könnten?

Ja, natürlich. Wir verwenden manchmal die Maschinen von Lohnunternehmern, um unser Saatgut auszusäen. Wir bitten die Benutzer dieser Maschinen regelmäßig, zu garantieren, dass sie gereinigt worden sind. Aber zur Zeit der Aussaat sind die Lohnunternehmer und Landwirte so beschäftigt, dass sie sich oft nicht die Zeit nehmen können, die Maschinen zu reinigen. Jedes Mal, wenn ich eine Maschine eines Lohnunternehmers benutze, kann ich leicht eine Handvoll gebeizter Saatkörner finden. Sie sind rot, also leicht zu erkennen. Dasselbe wird mit NGT-Saatgut passieren.

Das größte Risiko liegt jedoch nicht auf dem Feld, auf dem ich arbeite, denn natürlich kontrolliere ich unsere Saatgutproduktion. Das viel höhere und unkontrollierbare Risiko liegt bei den Landwirten, die mein Saatgut kaufen und es durch Lohnunternehmer säen lassen, die ihre Maschinen nicht gründlich gereinigt haben. Dann mischen sich

meine Sorten mit dem Saatgut, was in der Drillmaschine übrig ist.

## In der politischen Debatte geht es derzeit auch um eine mögliche kostenfreie Nutzung von Patenten. Was halten Sie von kostenlosen Lizenzen?

Die Strategie von Bayer und anderen großen Saatgutunternehmen besteht darin, die NGTs zu deregulieren und kostenlose Lizenzen anzubieten. Aber auch mit kostenlosen Lizenzen beuge ich mich in eine Situation der Abhängigkeit. Man ist durch vertragliche Verpflichtungen gebunden und das ist weder akzeptabel noch wünschenswert. In einer Situation der Abhängigkeit hätten wir als Maiszüchter niemals einen so frühen Mais entwickelt wie den, den wir entwickelt haben. Echte Innovation erfordert Kreativität, und Kreativität kann nur in Freiheit entstehen. Denn wir sind immer noch die Einzigen, die einen Mais entwickeln konnten, der in 18 Wochen reif ist. Wir sind dabei, unsere Unabhängigkeit in der Nahrungsmittelproduktion in den Niederlanden zu verlieren, was sehr schlecht ist. Die Patentierung muss jetzt gestoppt werden, denn es wurden bereits Tausende von Patenten für NGTs angemeldet. Das ist ein Riesenproblem für die Züchtung.

## Vielen Dank für das Gespräch!

Das vollständige Interview von Denis Meshaka (Inf'OGM) findet sich auf <https://infogm.org/en/a-dutch-seed-company-faces-up-to-kws-patents/>. Übersetzung, Kürzung u. Ergänzung: Annemarie Volling, AbL e.V.

## Patente blockieren die Züchtung von Tomaten

Eine aktuelle Recherche von „Keine Patente auf Saatgut!“ zeigt, wie neue Gentechniken dazu verwendet werden, um Patente und damit exklusive Kontrolle über konventionell gezüchtete Tomaten zu erlangen: Derzeit sind mehr als 20 internationale Patente auf Tomaten mit einer Resistenz gegen den aggressiven „Jordan-Virus“ (Tomato Brown Rugose Fruit Virus, ToBRFV) angemeldet. Die Patente wurden von zehn Firmen beantragt, darunter BASF, Bayer, Rijk Zwaan und Syngenta. Solche Patentdickichte – 20 Patentanträge, eingereicht von zehn verschiedenen Firmen – machen es für Züchter:innen schier unmöglich, durchzublicken und gegebenenfalls zu entscheiden, welche Firma wegen Lizenzverträgen angefragt werden müsste, um Tomaten mit Resistenzen gegen das Virus zu züchten zu können. Im Ergebnis werden Patente die weitere Arbeit europäischer Züchter:innen beeinträchtigen oder blockieren. Das Problem: Die Patente auf die virusresistenten Tomaten sind nicht auf gentechnisch veränderte Pflanzen beschränkt, sondern es werden auch Pflanzen mit Genvarianten beansprucht, die aus zufälligen Verfahren (durch Sonnenlicht oder chemische Mutagenese) hervorgehen. Tatsächlich wird die Zufallsmutagenese als „trojanisches Pferd“ eingesetzt, um die Patentansprüche auf konventionell gezüchtete Tomaten auszuweiten – obwohl dies nach europäischem Patentrecht verboten ist. Inzwischen sind trotz dieses Verbotes schon mehr als 1.000 europäische Sorten von Patenten auf konventionell gezüchtete Pflanzen betroffen. av

# Kompensieren mit Gehölzen

Die BaumLand-Kampagne sucht Personen, die ihre Erfahrungen teilen

Die Klimakrise schreitet voran und mit ihr nehmen Wetterphänomene zu, welche die Fortführung des Status quo in der Landwirtschaft in ihre Schranken weisen. Bereits in den nächsten Jahren wird die Wahrscheinlichkeit für Dürren einerseits und für flutartige Niederschläge andererseits zunehmen. Eine an den Klimawandel angepasste Betriebsausrichtung ist damit ein Vorhaben, das alle, die Landbewirtschaften, jetzt angehen sollten. Eine wirksame Möglichkeit, welche über europäische wie auch Bundes-Förderprogramme gestützt wird, ist die Pflanzung von Gehölzen in der landwirtschaftlichen Fläche, also die Erstellung von Agroforstsystemen im weitesten Sinne. Denn Gehölze wie Baumreihen, Hecken, Kurzumtriebsplantagen und Streuobstanlagen bergen das Potential, Klimawandelfolgen abzumildern und die Flächenproduktivität zu steigern – bei geschicktem und richtigem Einsatz. Schutz vor Bodenerosion, vor Überhitzung von Kultur und Boden, eine verbesserte Wasserretention und unterm Strich der Erhalt von Bodenqualität sind nur einige der Effekte, die von Gehölzen in der Agrarlandschaft ausgehen. Daneben produzieren sie zusätzliche Werte wie Obst, Edelhölz oder Rohstoffe. Neben sogenannten „investiven“ Förderprogrammen ist auch die Ausnutzung von Kompensationsverpflichtungen des eigenen Betriebes oder Dritter, d. h. betriebsfremder Bauherren, eine vielversprechende Möglichkeit, Gehölze in den Betrieb zu holen. Mehrere Projekte in Deutschland zeigen bereits, wie mithilfe von Kompensationsgeldern Pflanzungen im geteilten Interesse von Betriebsleitern und Naturschutz umgesetzt werden können. Andererseits sind Kompensationsmaßnahmen,

insbesondere jene mit Gehölzen, zu Recht häufig Gegenstand von Kritik: Erstellung und Pflege können teuer und aufwändig sein, besonderes Fachwissen erfordern und gelingen daher häufig nicht wie gewünscht.

## Mitmachen!

Die BaumLand-Kampagne, eine Kampagne des Fördervereins der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Mitteldeutschland e. V., geht diesen Umstand mit einem aktuellen Forschungsprojekt an. In ganz Deutschland sollen Interviews mit Personen geführt werden, die landwirtschaftliche Maßnahmen mit Hecken, Alleen, Streuobst, Kurzumtriebsplantagen, Wallhecken oder anderen Feldgehölzen umsetzen. Dabei sollen entscheidende Erfolgskriterien systematisch identifiziert und daraus Empfehlungen für Land Bewirtschaftende abgeleitet werden. Im Herbst dieses Jahres wird so ein Leitfaden entstehen, welcher anschaulich beschreibt, wie Betriebe mit Kompensationsmaßnahmen Gehölze finanzieren, pflanzen, pflegen und nutzen können. Ein Zwischenbericht des Projektes wird auf dem zweiten bundesweiten Streuobstwiesenkongress präsentiert, der am 17. und 18. Juni von der BaumLand-Kampagne organisiert und durch das Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz gefördert wird.

*Aufruf: Für das Projekt werden noch Interviewteilnehmer:innen gesucht, die Kompensationsmaßnahmen mit Gehölzen in der landwirtschaftlichen Fläche am Betrieb umgesetzt haben.*

*Bei Interesse gerne melden bei: Katharina Cziborra, [cziborra@baumland-kampagne.de](mailto:cziborra@baumland-kampagne.de), Tel. 0162-3908235*

*Matthias Stührwoldt erzählt:*

## Blindi

Seit einiger Zeit halte ich oft ein paar Kälber zusammen mit ein oder zwei Ammenkühen in einer großen Box mit Auslauf. Gelegentlich bleiben so vor allem Bullenkälber die vier Wochen, bis ich sie verkaufen kann, am Titt zuerst der Mutter und dann der Amme. Gerade Kreuzungskälber entwickeln sich oft so prächtig, dass ich anschließend sicher sein kann, dass sie in der hiesigen Rindermast landen und nicht etwa in der Kälbermast.

Eines der letzten Kälber, ein kleiner Angus-Kreuzungsbulle, war unauffällig, solange er bei seiner Mutter war, aber mit dem Wechsel zur Amme begann er zu nükern. Nach einigen Tagen separierte ich ihn in eine Box, um ihn mit Elektrolyten etwas aufzupäppeln. Erst am zweiten Tag fiel mir auf, dass er vielleicht Licht und Dunkel unterscheiden konnte, aber sonst nichts sah – in den Augen eine deutliche Trübung. Ich ließ meine Tierärztin Ida kommen und sie sagte mir, dass es zuletzt auf vielen Betrieben blinde Kälber gegeben hatte und dass sie keine Erklärung dafür habe. In seiner Box würde Blindi aber sicher super zurechtkommen. Und so war es auch. Kaum hörte Blindi mich kommen, sprang er auf und fand in Nullkommanix den Nuckeleimer, um ihn in einem Zug leer zu machen. Währenddessen kraulte ich ihm den Kopf, was er sehr genoss.

Als Blindi vier Wochen alt war, fragte ich den Kälberhändler, ob er Interesse an Blindi habe. Auch er berichtete, dass ihm zuletzt einige blinde Kälber angeboten worden seien. Er nehme diese Kälber mit, aber bezahlen könne er nichts dafür. Und landen würden sie wohl in Holland. Ich dachte kurz nach. Verschenken wollte ich Blindi nicht; ans Herz gewachsen war er mir auch. Ich behalte ihn, sagte ich spontan und fühlte mich danach irgendwie leichter. Was bei meinem Körpergewicht selten vorkommt.

Wenige Tage danach schickte Tierärztin Ida mir ein Foto von einem kleinen, puscheligen Highland-Kälbchen. Kurz danach rief sie an. Sie sei gerade bei einem Mutterkuhhalter, der seine Herde auf Naturschutzflächen laufen lässt. Auch dort ein nükerriges, blindes Bullenkalb. Ich hätte doch ein großes Herz, meinte Ida, dort könne sich niemand um das Kalb kümmern, ich könne es geschenkt bekommen und dann mit Blindi und Blindi eine Blinden-WG aufmachen. Die Idee gefiel mir sofort. Aber mir kamen auch gleich Zweifel. Ob das Highland-Kalb von einem Biobetrieb sei, wollte ich wissen. Leider nein, sagte Ida. Ich glaube, dann darf ich das nicht nehmen, sagte ich. Warte mal, ich ruf dich gleich wieder an; ich frag mal beim Berater nach.

Dessen Aussage: Eine rührende Geschichte, aber ich darf das Kalb nicht zu mir auf den Betrieb holen. Jedenfalls nicht einfach so. Ich darf konventionelle Pensionstiere aufnehmen. Die dann aber nicht zusammen mit meinen Biotieren gehalten werden dürfen. Also nix mit Blinden-WG. Oder ich könne einen konventionellen Zuchtbullen zukaufen, wenn ich vorher erfolglos versucht hätte, einen aus biologischer Tierhaltung zu bekommen. Diese Argumentationskette fand ich aber zu abenteuerlich. Dass ich als Milchviehalter ausgerechnet ein blindes, wenige Wochen altes Highland-Bullenkälbchen als Zuchtbullen für meine Holsteinkühe einsetzen wolle. Das erschien mir alles zu kompliziert. Schweren Herzens verfluchte ich kurz die fiesen Richtlinien, rief Ida an und sagte ab. Dem Highland-Blindi könne ich nicht helfen.

Eine andere Geschichte fiel mir ein, Jahre her: Mein alter Freund Harald hatte mich angerufen, ein konventioneller Milchbauer. Neben seinen Holsteins hatte er damals ein paar Jerseys, und eine der Jerseys hatte trotz gesexten Spermas ein Bullenkalb bekommen. Du hast doch ein großes Herz, meinte Harald, keiner will das Bullenkalb. Der Kälberhändler sagt, er kriegt eine Abmahnung, wenn er mit sowas ankommt. Ich schenk es dir! Hat es schon eine Ohrmarke, fragte ich. Logisch, antwortete Harald, alles ordnungsgemäß. Dann tut es mir leid, sagte ich. Ich darf keine Tiere aus konventioneller Landwirtschaft aufnehmen, nicht mal geschenkt, nicht mal aus humanitären Gründen. Harald überlegte kurz. Ich entferne die Ohrmarken wieder, fahre nachts auf der Autobahn an deinem Hof vorbei, halte kurz an und schmeiß dir das Kalb übern Zaun. Dann kannst du sagen, es ist bei dir geboren, Mendel spinnt halt manchmal, seltene Mutation, was weiß ich ...

Es machte Spaß, so rumzuspinnen. Wir haben es nicht gemacht. Was wohl aus Haralds Jersey-Bullenkalb geworden ist, frage ich mich, während ich Blindi seine morgendliche Milchration vorbeibringe. Nie hätte ich gedacht, dass ich zum Kälbermäster werde. Aber nun bin ich einer, denke ich mir und kraule Blindi hinter den Ohren, dort, wo er es gerne mag ...



Struktur in die Landschaft

Foto: Ritae/Pixabay

# Grundeinkommen für Landwirt:innen?

Stimmungsbarometer auf britischen Höfen auf dem Tiefpunkt – Zeit für ungewöhnliche Lösungsideen

## GB-Importkontrollen – teuer und langsam

Die britische Finanzaufsichtsbehörde hat errechnet, dass die zusätzlichen Kontrollen bei Fleisch- und Milchprodukten sowie Pflanzen, Saatgut und Schnittblumen aus der EU britische Firmen jährlich zusätzlich 470 Millionen Pfund kosten und zu Preissteigerungen führen werden. Seit Beginn der – zuvor bereits fünfmal verschoben – Kontrollen am 1. Mai haben Ausfälle des IT-Systems an den Grenzstationen mehrfach zu Verzögerungen von bis zu 20 Stunden geführt. Seither werden die meisten Transporte einfach durchgewunken. Bei LKW mit gemischter Ladung werden nach dem Zufallsprinzip einzelne Paletten für Stichprobenkontrollen ausgewählt. Je nachdem, wo im LKW sie sich befinden, muss manchmal das gesamte Fahrzeug entladen werden. Von Seiten des Landwirtschaftsministeriums gibt es außerdem weiterhin keine klare Definition, was unter „einer Lieferung“ zu verstehen ist und welche Gebühren demzufolge fällig werden. Lieferfirmen gehen von bis zu 60 Prozent höheren Kosten aus, pro LKW fielen Gebühren zwischen 300 und 2.000 Pfund an. Mittelfristig müssten kleine Betriebe und Läden wie beispielsweise die zahlreichen unabhängigen polnischen Supermärkte um ihre Existenz fürchten.

ml

Seit 2010 befragt der britische Bauernverband NFU seine Mitglieder nach ihren Erwartungen für ihre Betriebe. Das Ergebnis der jüngsten Umfrage wurde im Mai veröffentlicht und die LandwirtInnen sind sich einig: Noch nie war der Stand der Dinge so schlecht wie jetzt. 65 Prozent der Befragten gaben an, dass ihr Betrieb weniger profitabel oder nicht überlebensfähig sei. In den letzten fünf Jahren gab es in England 7.000 Hofaufgaben, das entspricht sieben Prozent der Betriebe. Seit dem Brexit werden die Subventionszahlungen, die für viele Betriebe in Randlagen einen Großteil des Einkommens ausmachten, sukzessive reduziert und nur teilweise durch das Nachhaltigkeitsprogramm SFI ersetzt. Für 86 Prozent der Befragten hat das negative Auswirkungen, vergleichbar nur mit dem katastrophalen Wetter – die letzten 18 Monate waren die nassesten seit Beginn der Aufzeichnungen. Laut Farmers Weekly, einer Landwirtschaftszeitung, haben LandwirtInnen wegen der verschlammten und teilweise weiter unter Wasser stehenden Äcker den Versuch, etwas zu pflanzen, völlig aufgegeben. Die Flächenstilllegungsprämie im Nachhaltigkeitsprogramm SFI ist aufgrund der Witterungsverhältnisse finanziell so attraktiv geworden, dass die Regierung nachträglich die förderfähige Fläche auf 25 Prozent begrenzt hat. Das Vertrauen darauf, dass Landwirtschaft in Großbritannien eine Zukunft habe, sei völlig weggebrochen, sagte Bauernverbandspräsident Tom Bradshaw. „Unsere Befürchtung ist, dass mit diesem Vertrauensverlust auf Seiten der Landwirte die Lebensmittelsicherheit für unser Land nicht mehr sichergestellt werden kann.“

## Garantiertes Grundeinkommen?

In dieser Situation hat die Lobbygruppe BI4Farmers (Basic Income for Farmers) einen radikalen Vorschlag gemacht: ein garantiertes Grundeinkommen für LandwirtInnen. In einem 60-seitigen Bericht, der Ende April vorgelegt wurde und auf der intensiven Befragung einer kleinen Gruppe von LandwirtInnen beruht, legen die Initiatoren dar, was mit einem solchen garantierten Einkommen erreicht werden könnte: Die Empfänger würden zunächst Schulden abtragen und einen Teil des Geldes für laufende Kosten wie Miete oder Pacht einsetzen. Mittelfristig würden die meisten in die Wartung und Erhaltung von Maschinen, Werkzeugen und Gebäuden investieren. Ebenfalls auf der Liste stehen das Rekrutieren von zusätzlichen Arbeitskräften, Investitionen für eine bessere



Grundeinkommen – ein Lichtblick z.B. für Farmer in Yorkshire?

Foto: TimHill/pixabay

Wertschöpfung z. B. durch Direktverkauf und Fortbildung. „Ein Grundeinkommen für Landwirte in Großbritannien birgt erhebliches Potenzial zur Bewältigung der wichtigsten Herausforderungen im Agrarsektor. Durch die Schaffung wirtschaftlicher Stabilisierung, Verbesserung der Ernährungssicherheit, Förderung von Junglandwirten und nachhaltigen Praktiken könnte es zu einem florierenden, widerstandsfähigen und nachhaltigen Lebensmittel- und Landwirtschaftssystem beitragen“, heißt es im Bericht. Die Idee entwickelt hat Jo Poulton. Während der Pandemie sei sie zum Schluss gekommen, dass der Anbau und die Produktion von Lebensmitteln das Wichtigste sei, was man im Leben tun könne. Sie kündigte ihren Medienjob, machte einen 30-Wochen-Kurs für Gemüsebau und arbeitet inzwischen als Farmarbeiterin.

## Ein langer Weg

Das Grundeinkommen solle nicht an Bedingungen geknüpft sein und an LandwirtInnen sowie Beschäftigte in Landwirtschaft und Nahrungsmittelverarbeitung gezahlt werden. Derzeit halte man eine

Summe von etwa 1.000 Pfund (ca. 1.160 Euro) pro Monat für notwendig, sagt Poulton. Dies seien jedoch nur Denksätze. Jetzt gehe es darum, die Finanzierung einer ein- bis zweijährigen Recherchephase zu sichern, in der LandwirtInnen in eintägigen Workshops zusammen mit Experten und Ökonomen erarbeiten, was an wen gezahlt werden sollte, wie das Grundeinkommen finanziert werden kann, und welche Form der Administration notwendig wäre. Das sei die Grundlage, um ein entsprechendes Strategiepapier zu erstellen, gefolgt von einer Machbarkeitsstudie, über die die Parameter für ein Pilotprojekt definiert werden können. Und natürlich müsste die Finanzierung aller Projektphasen gesichert werden. Die Idee für ein garantiertes Grundeinkommen für LandwirtInnen kommt definitiv zur rechten Zeit. Ob sie sich realisieren lässt, ist die Frage, die Poulton und ihre Mitstreiter zu klären versuchen, aber selbst bis zu einem ersten, eng umschriebenen Pilotprojekt ist es noch ein weiter Weg.

Marianne Landzettel,  
freie Journalistin

# Mit Solawis strukturschwache Regionen stärken?

Einblicke in das Forschungsprojekt zur Solidarischen Landwirtschaft „SolaRegio“

**N**eben dem sogenannten Höfesterben sind Betriebe in strukturschwachen Regionen zusätzlich mit besonderen Herausforderungen konfrontiert: wirtschaftlicher Abschwung, Bevölkerungsrückgang, Verlust an sozialer und kultureller Vielfalt sowie eine unzureichende Infrastruktur. Kann die Umstellung auf Solidarische Landwirtschaft (Solawi) zu einer Stabilisierung von Betrieben und zur Stärkung strukturschwacher Regionen beitragen? Diese Frage greift das Forschungsprojekt SolaRegio auf. So soll zum einen die Verbreitung von Solawi durch die Umstellung bestehender landwirtschaftlicher Betriebe gefördert werden. Zum anderen untersuchen die Projektbeteiligten, inwiefern das Solawi-Wirtschaftsmodell einen Beitrag zur ökologischen, sozialen und ökonomischen Revitalisierung strukturschwacher Regionen leisten kann. Das Projekt wird von der Universität Siegen und dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in enger Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Solidarische Landwirtschaft koordiniert. Noch bildet die Solidarische Landwirtschaft mit knapp 500 Solawis in Deutschland ein Nischenphänomen, wobei seit 2010 ein nahezu exponentielles Wachstum zu beobachten ist. Gegenwärtig entstehen die meisten Solawis aus Neugründungen. Die Umstellung bestehender landwirtschaftlicher Betriebe auf Solawi ist im Vergleich zur Anfangszeit der Solawi-Bewegung eher unüblich geworden.

## Ackerbau und Milchvieh

Im Projekt SolaRegio werden mögliche Pfade für die (Teil-)Umstellung bestehender Betriebe auf Solawi untersucht.



Projektregionen SolaRegio



Möhrenerntegruppe der Solawi Schinkeler Höfe

Foto: UFZ

Zudem werden Motive und Barrieren einer Umstellung gemeinsam mit den Betrieben vor Ort identifiziert und Handlungsstrategien zum Abbau von eben diesen Barrieren entwickelt. Im Rahmen des Projektes wird eng mit den Beratenden der jeweiligen Landwirtschaftskammern und -behörden sowie weiteren Praxispartner:innen in den vier Projektregionen zusammengearbeitet.

Die vier untersuchten Gebiete Bergisches Land in Nordrhein-Westfalen, Zentralthüringen, Südniedersachsen, Mittelsachsen und Meißen in Sachsen (siehe Abbildung) liegen größtenteils in strukturschwachen Regionen. Die Projektregionen sind durch eine eher geringe Anzahl an Solawis und vor allem durch Ackerbau- und Milchviehbetriebe geprägt. Im Vorhaben sollen daher nicht (nur) kleine Gemüsebaubetriebe, sondern insbesondere Ackerbau- oder Milchviehbetriebe einbezogen werden, um mögliche Erweiterungen der Produktpalette und die Umstellungspotentiale bisher weniger verbreiteter Betriebsformen zu untersuchen.

## Erste Ergebnisse

Sowohl ökonomische (z. B. die Suche nach einem weiteren finanziellen Standbein) als auch wertorientierte Faktoren (z. B. Vermeidung von Lebensmittelverschwendung oder der Wunsch nach mehr Tierethik) sind wichtige Gründe für die Entscheidung, auf Solawi umzustellen. Zudem wurde die

Wertschätzung und Anerkennung der eigenen Arbeit durch die Mitglieder betont. Häufig genannte Barrieren bezogen sich auf den Fachkräftemangel, insbesondere im Gemüseanbau, Flächenverfügbarkeit, bürokratische Hürden, fehlende finanzielle Unterstützung, ein mögliches fehlendes Mitgliederpotential und bestehende Vorurteile gegenüber bzw. fehlendes Wissen zum Solawi-Modell.

Auf vier Informationsveranstaltungen in den Projektregionen wurde gemeinsam mit Betrieben, Beratenden des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft, Vertreter:innen der Bauernverbände und den jeweiligen Landwirtschaftsminister:innen über die Potentiale und Grenzen von Solawi in der jeweiligen Region diskutiert. Es wurde hervorgehoben, dass weitere Solawis in der Region die Gemeinschaft fördern und einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssouveränität leisten könnten. Oft finden Solawis allerdings noch wenig Berücksichtigung in der Gesetzgebung und es mangelt an geeigneten struktu-

rellen Förderungen für eine (Teil-)Umstellung. Auch die Identifikation und Erhöhung des Mitgliederpotentials, der Abbau bürokratischer Hürden und die Lernangebote zum Solawi-Modell können zentrale Hebel zur Förderung von Solawis sein.

## Wie geht es weiter?

In einem nächsten Schritt werden in jeder Projektregion mehrere Betriebe, die bereits Interesse an einer Umstellung bekundet haben, exemplarisch begleitet. Ziel des Projektes ist es, Leitfäden und praxisorientierte Handreichungen für die Umstellung bestehender Betriebe auf Solawi zu erstellen, die auch auf andere Regionen übertragbar sind.

*Hannah Grunow, Julia Palliwoda, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ); Jana Schmidt, Mirco Zech, Maite Gaspers, Universität Siegen*

Weiteres zum Projekt unter [www.nascent-transformativ.de](http://www.nascent-transformativ.de)

## Was ist Solidarische Landwirtschaft?

Die Landwirtschaft – nicht das einzelne Lebensmittel – wird finanziert. Über eine gemeinschaftliche Umlagefinanzierung tragen alle Mitglieder die Kosten eines landwirtschaftlichen Betriebs, wofür sie im Gegenzug in Form wöchentlicher Lebensmittelkisten dessen Ernteertrag erhalten. Das bedeutet, dass die Mitglieder (Verbraucher:innen) verbindlich über einen vorab definierten Zeitraum (meistens ein Jahr) einen festen regelmäßigen Beitrag zahlen (meist monatlich), welcher die gesamten Betriebskosten (inkl. Löhne, Rücklagen und Investitionen) deckt. Solawis erzeugen somit direkte Beziehungen zwischen Erzeuger:innen und Verbraucher:innen, agieren marktunabhängig und finanzielle Risiken werden gemeinsam getragen.

## (Klein-) Anzeigen &amp; Veranstaltungen

## Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 20,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 3,00 €. Anzeigen bis einschließlich 20,00 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 3,00 € für die Rechnungsstellung erhoben. Anzeigen bitte an: E-mail: [anzeigen@bauernstimme.de](mailto:anzeigen@bauernstimme.de), Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS Juli/August ist der 20. Juni 2024.** Chiffreschriften: Abl Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, [verlag@bauernstimme.de](mailto:verlag@bauernstimme.de)

## Kleinanzeigen

- **Suche Nachfolger** für kleinen Bauernhof im Bodenseegebiet. Zuschriften unter Chiffre: C-06-24-01
- **Landwirt mit langjähriger Erfahrung** im ökologischen Ackerbau und in der Milchviehhaltung, sucht landwirtschaftlichen Betrieb zur Pacht, zum Kauf, oder gegen Altenteil. Ulrich Bosch, Tel. 038828/237001 oder 0170/9235274 e-mail: [ulrich.bosch@gmx.net](mailto:ulrich.bosch@gmx.net)



### Mitarbeiter:in für die Geschäftsstelle der Abl Baden-Württemberg gesucht!

Die Abl Baden-Württemberg sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine:n engagierte:n Mitarbeiter:in (m/w/d) für die Geschäftsstelle.

**Tätigkeiten:** Organisation der Geschäftsstelle, Verbandskommunikation intern/extern, Mitgliederbetreuung, Veranstaltungen organisieren, Homepage betreuen

**Wir erwarten:** Interesse an Landwirtschaft und agrarpolitischen Themen, Bereitschaft zur Teamarbeit, PC- Kenntnisse, Medienkompetenz und Freude an Kommunikation. Erfahrungen mit Projektantragstellung sind vorteilhaft. Die Arbeit kann im Homeoffice ausgeführt werden. Unser Budget erlaubt eine Stelle im Rahmen eines Minijobs/ Teilzeit. Auf Absprache eventuell Honorarbasis. Bewerbungen bis zum 30. Juni 2024 an [baden-wuerttemberg@abl-ev.de](mailto:baden-wuerttemberg@abl-ev.de) Rückfragen an Bärbel Endraß, Tel.: 07528-7840

### Obst- und Gemüseanbau im Klimawandel

05.06.2024, Kassel

Welcher Beitrag zu einer nachhaltigen Ernährungswende und Klimaneutralität ist möglich? Was muss geschehen, damit die Position des Obst- und Gemüseanbaus in den Lieferketten gestärkt wird und er an der Wertschöpfung auf den Märkten besser teilhaben kann?

Der Obst- und Gemüseanbau gilt als ein großer Hebel, um dem Klimawandel zu begegnen. Produktion und Nachfrage müssen dafür steigen. Für den Obst- und Gemüseanbau ist dies eine große Chance – aber auch eine sehr große Herausforderung. Unser Selbstversorgungsgrad bei Obst und Gemüse ist sehr gering, große Mengen werden importiert. Auch der Obst- und Gemüseanbau in Deutschland steht vor Problemen wie der Klimakrise, Wassermangel, gestiegenen Kosten, Strukturwandel oder prekären Arbeitsbedingungen.

Anmeldung: [www.praxis-agrar.de/veranstaltungen](http://www.praxis-agrar.de/veranstaltungen), Eine Veranstaltung von: Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (BZL) in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung

### Das große Krabbeln

05.06.2024, 18.30-21 Uhr, online  
Endo und Ektoparasiten bei Legehennen. Wie erkenne ich Parasitenbefall und wie kann ich vorbeugend aktiv werden? Was ist bei der Stallhygiene besonders zu beachten?

13.06.2024, 13-17 Uhr, Vechta  
Halbtägiger Praxisworkshop, in dem die Grundlagen praktisch und anschaulich vertieft werden.

Anmeldung und Infos: [anne.zetl@lwk-niedersachsen.de](mailto:anne.zetl@lwk-niedersachsen.de), <https://www.lwk-niedersachsen.de>  
Ort: Die Praxis für Geflügel GbR, An der Ohe 1, 49377 Vechta

### Ackern bis zum Umfallen?

12.06.2024, online

Selbstfürsorge statt Selbstausbeutung in landwirtschaftlichen Betrieben. Welche Gründe gibt es dafür und welche Wege können aus dieser Situation führen.

**Faire Lebensmittelpreise für Verbraucher & Bauern - Wie muss Politik handeln?**

Lisa Völkel  
Verbraucherzentrale Bundesverband

Elmar Hannen  
European Milk Board

Neue Podcastfolge. Jetzt Reinhören!  
[www.agrarkoordination.de/podcast/](http://www.agrarkoordination.de/podcast/)

Anders gesagt, wie kann man das Hamsterrad anhalten und aussteigen, sich orientieren und neu ausrichten? Referentinnen: Zana Schmid-Mehi, Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Familie und Betrieb e. V., und Annika Bolten, Wissenschaftlerin, beteiligt an der BMEL-Studie „Frauen.Leben.Landwirtschaft“.

Anmeldung: [www.praxis-agrar.de/veranstaltungen](http://www.praxis-agrar.de/veranstaltungen), Veranstalter: Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (BZL) in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung

### Die Öko-Jungsau im Blick

19.06.2024, Bad Sassendorf

In diesem eintägigen Seminar werden alle wichtigen Themen zur Zucht in der Ökosauenhaltung, Eigenremontierung und Anpaarung behandelt.

Anmeldung und Infos: [anne.zetl@lwk-niedersachsen.de](mailto:anne.zetl@lwk-niedersachsen.de), <https://www.lwk-niedersachsen.de>, Ort: Haus Düsse, Ostinghausen, 59505 Bad Sassendorf

### Fachberatertagung

#### „Solidarische Landwirtschaft

25.06.2024, online

Als Vorbereitung auf die Tagung werden Grundlagenkenntnisse zu Solidarischer Landwirtschaft vermittelt. Die eigentliche Fachberatertagung findet im September in Eiterfeld-Buchenau statt.

Infos: [www.fibl.org/de/infothek/meldung/beraterfortbildung-solawi-2022-09](http://www.fibl.org/de/infothek/meldung/beraterfortbildung-solawi-2022-09)

### Sensenkurse 2024

06. oder 07. Juli 2024,

7.30-16.00 Uhr, Unterpleichfeld  
Mähen und Dengeln für den Hausgebrauch. Kursleiter sind zertifizierte Sensenlehrer im Sensenverein Deutschland e.V. Inhalt: Sicherheitsregeln, Einstellen der Sense, Bewegungsablauf, Schärfen, Dengeln...

Ort: Hof Sachse, Bergstr. 28, 97294 Unterpleichfeld OT Burggrumbach, Kursgebühr 105,- €, Anmeldung: 09367 2292

### Kompensationsmaßnahmen mit Gehölzen: Teilnehmende für Interviews in ganz Deutschland gesucht!

✓ Bewirtschaften oder besitzen Sie landwirtschaftliche Flächen?

✓ Haben Sie Kompensationsmaßnahmen mit Gehölzen, wie Streuobst, Hecken, Alleen oder Agroforst zu planen begonnen, selbst umgesetzt, vor Ort betreut, gepflegt oder einen relevanten Teil der Maßnahme direkt mitverfolgt bzw. waren davon betroffen?

#### Kontakt

Katharina Cziborra

[cziborra@baumland-kampagne.de](mailto:cziborra@baumland-kampagne.de)

0162-3908235

Wir suchen Sie, für ein

1- stündiges Interview  
Flexibel zwischen Ende April und Anfang Juli 2024

#### Mit Fragen zu:

Hürden und Erfolge bei der Planung, Pflege und Nutzung und Zusammenarbeit mit anderen Akteuren

→ Aus Ihren Erfahrungswerten wird ein Leitfaden für zukünftige Kompensationsmaßnahmen entwickelt. Mit Ihrem Interview helfen Sie, Kompensationsmaßnahmen wirkungsvoll, zum betrieblichen Vorteil und zukunftsfähig zu gestalten!



### Stammtische Online

#### Abl Rlp-Saar

Online-Stammtisch, 20.30 Uhr

Erster Donnerstag im Monat

06.06.2024, 20.30 Uhr

Thema: „Wie ist der aktuelle Stand der Gentechnik-Debatte? Was bedeutet das heiß diskutierte BGH-Erntegut-Urteil für uns Bäuerinnen und Bauern?“ Mit Annemarie Völling und Georg Janßen

Anmeldung: [holger.hellwig@abl-rlp-saar.de](mailto:holger.hellwig@abl-rlp-saar.de)

#### Abl Niedersachsen

10.06.2024, 20 Uhr  
[stammtisch@abl-niedersachsen.de](mailto:stammtisch@abl-niedersachsen.de)

#### Abl Nord-Ost

Jeden 1. Mittwoch im Monat  
ca. 20 Uhr, Stammtischtermine hier: [nordost@abl-ev.de](mailto:nordost@abl-ev.de)

#### Internationales

Jeden 4. Donnerstag im Monat,  
ca. 19.30 Uhr, Anmeldung unter: [internationales@abl-ev.de](mailto:internationales@abl-ev.de)

Weitere Stammtisch, auch in Präsenz unter: [www.abl-ev.de/ueberuns/landesverbaende](http://www.abl-ev.de/ueberuns/landesverbaende)



### 2. bundesweiter Streuobstwiesenkongress 2024

17. & 18.06.2024 in Erfurt

Streuobstparadiese erschaffen – mit Kompensationsmaßnahmen und wirtschaftlichen Nutzungskonzepten

Impulse für Kopf, Leib und Seele geben Fachvorträge, Praxisbeiträge, eine Fish-Bowl-Diskussion und Spezialitäten von der Streuobstwiese! Die Exkursion, das Speed-Dating mit verschiedenen Streuobst-Initiativen, der „Markt der Möglichkeiten“ sowie der gemeinsame Ausklang des ersten Tages bei Verkostung von Streuobstspezialitäten, Musik und einem lybischen Streuobstwiesenbuffet von regionalen Bio-Betrieben geben Raum für Austausch und Begegnung.

Angesprochen sind alle Streuobstakteure, wie z.B. Bewirtschafteter:innen und Besitzer:innen von Streuobstwiesen, Vermarktungsprojekte und Keltereien, Baumwart:innen, Initiativen und Verbände, Wissenschaftler:innen, politische Entscheidungsträger:innen und Behörden sowie alle, die sich mit Streuobstwiesen verbunden fühlen.

Anmeldung, Program und Übersicht gibt es hier: <https://www.baumland-kampagne.de/termine/streuobstwiesenkongress-2024>

## Rechts- extremismus stoppen

In Europa  
& vor Ort

im  
ganzen  
Land

23.5. bis 8.6.24

Macht mit:  
Mit der AbL im  
Bündnis gegen Rechts

Demokratie  
verteidigen

Die AbL ist als Unterstützerin dem Bündnis gegen Rechtsextremismus beigetreten, zu dessen Trägerkreis unter anderem der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), der Deutsche Naturschutzring (DNR), Pro Asyl und Campact gehören. Mit landesweiten Demonstrationen im Vorfeld der Europawahl und Kommunalwahlen will das breite zivilgesellschaftliche Bündnis die Menschen mobilisieren, am 9. Juni zur Wahl zu gehen – und demokratische Parteien zu wählen.

Der Aufruf, weitere Infos zum Bündnis sowie Hinweise auf Demos hier:  
[rechtsextremismus-stoppen.de](http://rechtsextremismus-stoppen.de)

### Impressum

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.  
**Redaktion:** Claudia Schievelbein: 02381-492289  
Christine Etienne: 0157-73689127, 02381-492220  
Fax: 02381/492221, [redaktion@bauernstimme.de](mailto:redaktion@bauernstimme.de);  
**Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel  
**Aboverwaltung:** Vera Thiel, Tel.: 02381/492288, Fax: 02381/492221,  
E-Mail: [verlag@bauernstimme.de](mailto:verlag@bauernstimme.de); Internet: [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de);  
**Druck:** Neue Osnabrücker Zeitung, Große Straße 17-19, 49074 Osnabrück

## AbL Bundeskontakte

**Bundesgeschäftsstelle:**  
Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: [info@abl-ev.de](mailto:info@abl-ev.de)  
**Bundesgeschäftsführer:** Xenia Brand, Tel.: 01525-7579219, [brand@abl-ev.de](mailto:brand@abl-ev.de)  
und Bernd Schmitz, Tel.: 0177-3565559, [schmitz@abl-ev.de](mailto:schmitz@abl-ev.de)  
**Agrarpolitik:** Phillip Brändle, Tel.: 0163-9709645, [braendle@abl-ev.de](mailto:braendle@abl-ev.de)  
**Europäische Agrarpolitik:** Henrik Maaß, Tel.: 0160 8217015, [maass@abl-ev.de](mailto:maass@abl-ev.de)  
**Fundraising und Kommunikation:** Iris Kiefer, Tel.: 0176-23522052, [kiefer@abl-ev.de](mailto:kiefer@abl-ev.de)  
**Tierhaltung und Milchmarktpolitik:** Berit Thomsen, Tel.: 0157-85075279, [thomsen@abl-ev.de](mailto:thomsen@abl-ev.de)  
**Klimaschutz:** Rosa Braun, Tel.: 0151-72372897, [braun@abl-ev.de](mailto:braun@abl-ev.de)  
**Kampagnenarbeit:** Charlotte Gengenbach, Tel.: 0152-08853760, [gengenbach@abl-ev.de](mailto:gengenbach@abl-ev.de)  
**Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:**  
Annemarie Volling, Tel.: 04131-400720, Fax: 04131-407758, E-Mail: [gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de](mailto:gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de)  
**junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:** [junge-abl@abl-ev.de](http://junge-abl@abl-ev.de)  
**Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:**  
Georg Janßen, Tel.: 04131-407757, Fax: 04131-407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502-2298



## Landeskontakte

### Baden-Württemberg

[www.abl-bw.de](http://www.abl-bw.de)  
**Kontakt zum Landesverband:** [baden-wuerttemberg@abl-ev.de](mailto:baden-wuerttemberg@abl-ev.de)  
**Alb-Donau/Ulm:** Franz Häußler, Tel.: 07391-1268, [haeussler.biolandhof@t-online.de](mailto:haeussler.biolandhof@t-online.de)  
**Stuttgart/Schwäbischer Wald:** Stefan Klett, Tel.: 0176-70096364, [stefan\\_klett@gmx.de](mailto:stefan_klett@gmx.de)  
**Westlicher Bodensee:** Anneliese Schmeh, Tel.: 07553-7529

### Bayern

[www.abl-bayern.info](http://www.abl-bayern.info)  
**Geschäftsführung:** Johannes Schreiber, [schreiber@abl-bayern.info](mailto:schreiber@abl-bayern.info) oder Tel.: 0174-1886288  
**Landesverband:** Josef Schmid, Tel.: 08742-8039, Fax: 08742-967654, [bioschmid@t-online.de](mailto:bioschmid@t-online.de)  
**Chiemgau-Inn Salzach:** Andreas Remmelberger, Tel.: 08679-6474, [Remmelberger@t-online.de](mailto:Remmelberger@t-online.de)  
Rita Huber, Tel.: 08683-557, [huber.aichlberg@gmx.de](mailto:huber.aichlberg@gmx.de)  
**Allgäu:** Geschäftsstelle: Michael Finger, Tel.: 08322-1329; [ablallgaeu@gmx.de](mailto:ablallgaeu@gmx.de)  
**Landshut-Vilstal:** Josef Schmid, Tel.: 08742-8039, [abl-bayern@web.de](mailto:abl-bayern@web.de)  
**Franken:** Isabella Hirsch, Tel.: 09852-1846, [isabella.hirsch@gmx.de](mailto:isabella.hirsch@gmx.de), Gerald Herbst, Tel.: 09848-254  
**Erding-Ebersberg:** Rosi Reindl, Tel.: 08093-905575, [rosi\\_reindl@gmx.de](mailto:rosi_reindl@gmx.de)  
**Bayerisch-Schwaben:** Johann Ellenrieder, Tel.: 0160/1674951, [johann.ellenrieder@t-online.de](mailto:johann.ellenrieder@t-online.de);  
Stephan Kreppold, Tel.: 08258-211, [biolandhof-kreppold@web.de](mailto:biolandhof-kreppold@web.de)

### Hessen

**Geschäftsführung:** Claudia Smolka, Mobil 0170-8395382, [vorstand-hessen@abl-ev.de](mailto:vorstand-hessen@abl-ev.de)  
Oliver Diehl, [hessen@abl-ev.de](mailto:hessen@abl-ev.de),  
Lara Ewald, Tel.: 0160-4976397; [lara.ewald@posteo.de](mailto:lara.ewald@posteo.de)

### Mitteldeutschland

[www.abl-mitteldeutschland.de](http://www.abl-mitteldeutschland.de)  
**Geschäftsführung:** Anne Neuber, Tel.: 0157-58085049, E-Mail: [neuber@abl-ev.de](mailto:neuber@abl-ev.de),  
Jan Brunner, Tel.: 0157-58084436, E-Mail: [brunner@abl-ev.de](mailto:brunner@abl-ev.de)  
**Thüringen:** Michael Grolm, Tel.: 0361-21847159, [michael.grolm@obstbaumschnittschule.de](mailto:michael.grolm@obstbaumschnittschule.de)  
**Sachsen-Anhalt:** Geschäftsführerin: Jessica Haby, Tel.: 0157-54816611, [sachsen-anhalt@abl-ev.de](mailto:sachsen-anhalt@abl-ev.de)  
**Magdeburg:** Michael Krack, Tel.: 0160-2583459, [michael.krack@vitopia.de](mailto:michael.krack@vitopia.de)  
**Sachsen:** Geschäftsführer: Clemens Risse, Tel.: 0174-4108273, [sachsen@abl-ev.de](mailto:sachsen@abl-ev.de)

### Niedersachsen

[www.abl-niedersachsen.de](http://www.abl-niedersachsen.de)  
**Geschäftsführung:** Hans Hertzen, Tel.: 0511-2348853, [info@abl-niedersachsen.de](mailto:info@abl-niedersachsen.de)  
**Landesverband:** Ottmar Ilchmann, Tel.: 04967-334, [o.ilchmann@yahoo.de](mailto:o.ilchmann@yahoo.de)  
**Wendland-Ostheide:** Martin Schulz, Tel.: 05865-9883-60, [neulandhof-schulz@gmx.de](mailto:neulandhof-schulz@gmx.de)  
**Heide-Weser:** Johanna Boese-Hartje, Tel.: 04204-689111, [biohof-boese-hartje@t-online.de](mailto:biohof-boese-hartje@t-online.de)  
**Elbe-Weser:** Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax: 04747-931105, [juergen-rademacher@t-online.de](mailto:juergen-rademacher@t-online.de)  
**Südniedersachsen:** Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel.: 05507-91285, [kaesehof@t-online.de](mailto:kaesehof@t-online.de)

### Nordost

**Geschäftsführung:** Julia Bar-Tal, Tel.: 0176-64273298; [nordost@abl-ev.de](mailto:nordost@abl-ev.de)  
**Mecklenburg:**  
Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0157-87185136, Helmut Precht, Tel.: 038459-31034  
**Brandenburg:**  
Jochen Fritz, Tel.: 0171-8229719, [jochen.fritz@biohof-werder.de](mailto:jochen.fritz@biohof-werder.de)

### Nordrhein-Westfalen

[www.abl-nrw.de](http://www.abl-nrw.de)  
**Geschäftsstelle Hamm:** Katharina Schäfer, Tel.: 02381-9053170, [nrw@abl-ev.de](mailto:nrw@abl-ev.de)  
**Frauke Ganswind,** Tel.: 0151-22403154, [ganswind@abl-ev.de](mailto:ganswind@abl-ev.de)  
**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, Tel.: 05241-57069  
**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, Tel.: 05404-5264  
**Köln/Bonn:** Heinz-Rudolf Schwamborn, Tel.: 0171-5349244, [hirschwamborn@t-online.de](mailto:hirschwamborn@t-online.de)  
**Niederrhein:** Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064-38421  
**Westmünsterland:** Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989  
**Sauerland:** Gregor Kaiser, Tel./Fax: 02721-138229, [kaiser@vielfalt-wald.de](mailto:kaiser@vielfalt-wald.de)

### Rheinland-Pfalz und Saarland

[www.abl-rp-saar.de](http://www.abl-rp-saar.de)  
**Ralf Wey,** Tel.: 02605-952730, Fax: 02605-952732, [ralf.vey@abl-rp-saar.de](mailto:ralf.vey@abl-rp-saar.de);  
**Marlene Herzog,** Tel.: 0175-3481805  
**Hans-Joachim Jansson,** Tel.: 02626-8613, Fax: 02626-900218

### Schleswig-Holstein/Hamburg

**Geschäftsführung:**  
Berit Thomsen, Tel.: 040-397858, [schleswig-holstein@abl-ev.de](mailto:schleswig-holstein@abl-ev.de)  
Uwe Schreiber, Tel.: 040-65997575, [schreibers@gmx.de](mailto:schreibers@gmx.de)



## Mitgliedsantrag

## Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 145,00 €  
☐ Ich zahle als Mensch mit geringem Einkommen einen reduzierten Beitrag von 70,00 €  
☐ Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 210,00 €  
☐ Ich zahle einen Solidarbeitrag ab 200,00 €, bzw. \_\_\_\_\_ € zu zahlen  
☐ Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)  
☐ Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:  
☐ 30,- € ☐ 50,- € ☐ 70,- €  
Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um um einen Betrag zwischen 1,- € bis 3,50 €, je nach Einstufung.

Nachname, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_

Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092  
AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

- Ich zahle:  
☐ nach Erhalt der Rechnung  
☐ per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.  
Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter [www.abl-ev.de/datenschutz](http://www.abl-ev.de/datenschutz)

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

# Libysche Spezialitäten

**M**ahmoud Makhoul hat das Kochen nebenbei gelernt – von seiner Großmutter, Mutter und der großen Schwester. In der 15-köpfigen libyschen Familie wurde viel und ausgiebig gekocht. Essen und dessen Produktion waren wichtiger Teil des Familienlebens. Die Familie betrieb mehrere Schlachtereien, einige Mitglieder gingen im Mittelmeer professionell auf Fischfang. Als Kind war Mahmoud überall dabei und lernte alles von der Pike auf.

Am 26. März 2024 hat er in der Erfurter Innenstadt ein Restaurant eröffnet. Das Besondere: Soweit verfügbar, bestellt er seine Zutaten bei bäuerlichen Betrieben aus der Region. Dazu hat er einen Monat vorher den AbL-Stammtisch in seine Räumlichkeiten eingeladen, um mit Bäuerinnen und Bauern aus der Region Lieferbeziehungen aufzubauen.

Zwischen seiner Kindheit in Bengazi und der Unternehmensgründung in Erfurt liegt ein Weg voller Herausforderungen und Wendungen. In Libyen studierte er BWL, baute mit 18 Jahren einen eigenen Supermarkt auf, gründete verschiedene Handelsunternehmen und arbeitete in den Fleischereien seiner Großfamilie mit. Aus politischen Gründen musste er Heimat und Familie schließlich verlassen – wer sich in Libyen öffentlich für Demokratie ein-

setzt, landet unter brutalen Bedingungen im Gefängnis oder wird ermordet. Der Weg nach Erfurt ist eine Geschichte für sich.

## Um seinen Tisch

In Deutschland lebt Mahmoud seit etwas mehr als sechs Jahren. In dieser Zeit hat er einen Deutschkurs gemacht, auf verschiedenen Bau- und Projektstellen mit angepackt, einen Schlachterschein gemacht und eine Ausbildung im Obstbaumschnitt absolviert. Schnell hat er damit angefangen, Speisen aus seiner Heimat zuzubereiten und wie in Libyen viele Leute um seinen Tisch zu versammeln. Daraus entstand ein trag-

fähiges Netzwerk in Thüringen und die Idee, ein Restaurant zu eröffnen – einen Ort zu schaffen, in dem es nicht nur Essen, sondern auch Veranstaltungen und Austausch gibt. Denn Mahmoud hat nicht nur gute Erfahrungen in Deutschland gemacht – sowohl mit Deutschen als auch mit Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern. Ein Ort der Verständigung und des gegenseitigen Kennenlernens soll sein Restaurant werden und dabei helfen, Mauern zu überwinden.

Im Herbst 2023 initiierte er dazu erfolgreich ein Crowdfunding. Ab Dezember 2023 ging dann alles sehr schnell. Mahmoud erhielt einen Tipp

zu einem leer stehenden Lokal und unterschrieb bereits wenige Wochen später den Mietvertrag. Mit Hilfe vieler Unterstützerinnen und Unterstützer baute er das Lokal nach seinen Vorstellungen um und kümmerte sich um die nötigen bürokratischen Dinge im Hintergrund. Nach diesem Marathon öffnete das Restaurant unter dem Namen „Mijou“ seine Türen. Mijou ist Mahmouds Spitzname in Libyen und eine Kurzform für das libysche Wort für „Eisvogel“. Den Spitznamen bekam er, weil er sich als Junge im Wasser genauso geschickt bewegte wie ein Eisvogel. Zur Eröffnung kamen sein Unterstützerkreis, Bäuerinnen und Bauern seiner Zulieferbetriebe und Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow. Dieser freute sich besonders, „dass es nun ganz nahe an meinem Arbeitsplatz in der Staatskanzlei einen Ort gibt, an dem man Produkte von Thüringer Bauernhöfen köstlich zubereitet genießen kann“. Tatsächlich ist Mahmouds Küche ein unbedingt zu empfehlender Gaumenschmaus und das Mijou nur zehn Minuten zu Fuß vom Erfurter Hauptbahnhof entfernt.

Anne Neuber und Reiko Wöllert,  
AbL Mitteldeutschland



Mahmoud Makhoul mit Bauern und Ministerpräsident

Foto: AbL-Mitteldeutschland

Mehr Infos unter:  
[www.restaurant-mijou.de](http://www.restaurant-mijou.de)

## unabhängige bauernstimme ... für Tischgespräche

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- ☐ Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (51,00 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 38,40 € gesenkt werden.
  - ☐ Ich möchte die BAUERNSTIMME nur als pdf herunterladen (keine Printausgabe)
- ☐ Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- ☐ Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 19,20 € bzw. 38,40 € für ☐ 6 oder ☐ 12 Monate verschenken.
- ☐ Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

email/Fax

Ich zahle:

- ☐ nach Erhalt der Rechnung
- ☐ per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Das Abonnement verlängert sich automatisch und kann mit einer Kündigungsfrist von 4 Wochen beendet werden.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnementin / des Abonnenten  
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum      Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, Hamm oder Fax 02381 / 492221  
Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter [www.bauernstimme.de/datenschutz](http://www.bauernstimme.de/datenschutz)